Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werkthätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 419.] Mit der illustrirten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“. [Telephon Nr. 419.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße 50, und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich Mk. 1,60. Monatlich 55 Pfg. Postzeitungsliste Nr. 4069 a, 8. Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum 15 Pfg., für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Vormittags in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 85. Mittwoch, den 13. April 1898. 5. Jahrgang.

Hierzu eine Beilage.

Ein Agrarstreik in Italien.

H. E. Das Gebiet von Bologna, Molinella und dessen Umgegend, ist zur Zeit der Schauplatz eines Ausstandes, der nicht nur in ganz Italien allgemeines Interesse erregt und bis weit in die bürgerlichen Kreise hinein Sympathien für die Streikenden erzeugt, sondern auch die Aufmerksamkeit des übrigen Europa verdient, weil gradezu grauenhafte Zustände enthüllt werden. Es handelt sich um den Streik der Arbeiterinnen in den großen Reisfeldern.

Unser Bruderblatt „Avanti“ giebt folgende Darstellung: Es handelt sich um Frauen, welche im dreißigsten Lebensjahre schon Greisinnen zu sein scheinen, in Folge einer Arbeit, gegen welche das Vieh sich sträuben würde; dafür erhalten sie einen Tagelohn von 70 Centesimi (was 56 Pf. ausmachen würde, wenn das italienische Geld nicht so entwerthet wäre. Dieser lächerliche Lohn wird aber nicht einmal baar ausbezahlt, sondern zum größten Theil in verdorbenen Wehl, in gepanschtem Wein, für welche Waaren der Arbeitgeber oder dessen Genosse Wucherpreise anrechnet. Die Arbeit wird, ganz wie in Sklawen-Plantagen, unter der brutalen Aufsicht von Caporali (Vorarbeitern) geleistet, welche den größten Eifer aufbieten, um möglichst viel bei der bedungenen Arbeitsleistung oder bei der Arbeitszeit herauszuschinden. Immerhin würde diese schreckliche Arbeit noch ein Glück sein (immer vom Standpunkt der mittelitalienischen Landbevölkerung aus gesehen), wenn sie das ganze Jahr hindurch dauerte — während sich jedoch die Arbeitstage im Jahre nur auf 150 belaufen. Daher sind Tausende und Tausende von Familien das ganze Jahr hindurch eine Beute des chronischen Hungers, und die im Winter stattfindenden Tumulte sind Ausflüsse des akut gewordenen Hungers. Dazu die Pellagra, der rapide Verfall des Organismus und die Degeneration der Rasse!

Doch all' dies genügt in Italien noch nicht, das allgemeine Interesse für die Ereignisse in Molinella zu erklären.

Es genügt nicht. Es giebt hier kein Elend, besonders nicht bei den Landarbeitern, denen nicht noch schlimmeres, noch überwältigenderes anderes Elend entgegengehalten werden könnte. Beispielsweise die Lage der Tagelöhner von Modica, der sizilianischen Schwefelarbeiter ist vielleicht in mancher Hinsicht noch schlimmer als die der Reisarbeiter im Bolognesischen. An das Schauspiel der Noth und des Hungers ist heutzutage das Publikum in Italien gewöhnt.

Die Ursache der allgemeinen Theilnahme ist also in einem andern Umstand, nicht allein in dem zu Tage tretenden Elend zu suchen.

Diese Masse von etwa 12 000 Arbeitern hat sich erhoben und hat versucht, in sich selbst die Mittel gegen das sie verzehrende Uebel zu finden. Sie hat das Mittel in der Solidarität, in der friedlichen Ausübung der von den Gesetzen des Landes gewährleisteten Rechte gesucht.

Aber auch das würde noch nicht genügen, die weit über die sozialistischen Kreise hinaus bestehende Sympathie für die Reisarbeiterinnen von Molinella zu erklären, wenn nicht zwei andere Thatsachen hinzugekommen wären, der Wortbruch der Arbeitgeber und die freche Gewaltthätigkeit der Regierung im Dienste der Ersteren.

Nach dem Streik des vorigen Jahres — einen langen, opfer- und gefahrenreichen Streik — hatten die Arbeitgeber durch Unterschrift eine Lohnerhöhung und eine Beschränkung der Arbeitszeit zugesagt. Dabei handelte es sich nicht einmal um eine wirkliche Lohnerhöhung, sondern um Wiederherstellung jener Verhältnisse, die noch vor einigen Jahren bestanden haben.

Kaum war der Streik vorüber, als die Landeigenthümer sich koalirten, um die abgeschlossenen Verträge zu nichte zu machen. Es ist beachtenswerth, daß die Masse der Eigenthümer geführt oder vielmehr beherrscht wird von zehn oder zwölf reichen, betitelten mächtigen Kollegen. (Wer denkt hier nicht an den Hamburger Hafenarbeiterstreik und an die Herren Laeisz und Genossen?) Diese ziehen die Anderen mit sich und überwältigen jene Vielen, welche nachgeben, welche human und ehrlich sein möchten.

Um ihre traurige Absicht durchzuführen, haben diese Herren die Mitwirkung der Regierung angerufen. Und die Regierung schämt sich durchaus nicht, hülfreiche Hand bei dem Provokationswerk zu leisten. Während des Winters wurden die von der Regierung veranlaßten Arbeiten eingestellt, damit der Hunger akuter, die Arbeitslosigkeit ausgedehnter und die Unterwerfung der Arbeiter unter die Arbeitgeber unausbleiblich werde. Die Demonstrationen der Arbeitslosen wurden strengstens unterdrückt.

Doch ungeachtet der unqualifizirbaren Manöver der Eigenthümer und der Regierung brach der neue Streik aus. Nun legten die Landbesitzer die Maske ab und publizirten einen neuen, die Abmachungen durchbrechenden Tarif; die Regierung fiel den Reisarbeiterinnen und den Tagelöhnern in den Rücken, steckte die Frauen zu Hunderten in's Gefängniß, ließ sie durch Kavallerie anfallen, sprengte jede Versammlung derselben, verhaftete die Sozialisten und löste die Konsumvereine, das einzige den Arbeitern verbliebene Verbindungs- und Vertheidigungsmittel, auf.

Der Streik dauerte aber fort, und das Unkraut, welches zwischen dem Reis wächst, bedroht die Ernte. Einige der Landeigenthümer sträuben sich bereits gegen die ihnen aufgezwungene Koalition.

Wodurch erklärt sich der hartnäckige Widerstand der Eigenthümer? Sie wollen, wenn sie auch nachgeben müssen, doch nicht den Arbeitern nachgeben; diesen wollen sie nicht das Recht zugestehen, auf gleichem Fuße mit den Arbeitgebern zu verhandeln (ganz die Theorie Stumm-Laeisz-Blohm-Muhle!) Sie wollen nicht, daß die Arbeiter, weil mit deren Vertretern verhandelt wurde, das Bewußtsein der eigenen Kraft und das Gefühl der eigenen Menschen- und Bürgerwürde gewinnen.

Die Herren wollen, daß die Arbeiter sich als eine inferiore Rasse betrachten, der nicht das Recht gebührt, selbst über sich zu bestimmen und für die eigenen Interessen zu sorgen.

So erklärt sich das allgemeine Interesse für den Streik, so erklärt sich auch die Entschlossenheit, mit welcher 12 000 halbverhungerte Frauen im Kampfe ausharren, im Kampfe für ihre Menschenwürde.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Der „vierte Stand und die Sozialreform. Wie erinnerlich, hatte der frühere preußische Handelsminister, Herr von Berlepsch, am 24. September v. Js. bei der Generalversammlung des Vereins für Sozialpolitik eine Tischrede gehalten, worin er den vierten Stand feierte. Aus Anlaß dieser Rede sind gegen ihn, besonders von den Konservativen und den Bismarck'schen „Hamb. Nachr.“, heftige Angriffe gerichtet worden, gegen die Herr von Berlepsch jetzt etwas verspätet in Nr. 27 der „Sozialen Praxis“ das Wort zur Erwiderung ergreift. Er setzt zunächst auseinander, in welchem Sinne er die Wendung vom vierten Stande gebraucht wissen wolle und dann bemerkt der Herr über seine Stellung zur jetzigen Sozialreform:

„Wenn seitens der Vertreter einer energischen Sozialreform auf die Kämpfe, auch die blutigen, des sogenannten dritten Standes hingewiesen wird, so geschieht es lediglich in der Absicht, nachzuweisen: Wenn die berechtigten Bestrebungen einer großen Gruppe der Staatsangehörigen in der Richtung einer Erhöhung ihres standard of life in ideeller und materieller Beziehung nicht oder nicht rechtzeitig befriedigt werden, so droht die Revolution. Das lehrt die Geschichte aller Zeiten, am lebhaftesten die Geschichte der französischen Revolution. Dem Versuche, Gewalt anzuwenden, zuvorzukommen, ist die Absicht der Sozialreform, neben ihrer Absicht, Gerechtigkeit zu üben, ist die Aufgabe, die der sogenannte Staatssozialismus sich gestellt hat, wenn er der Lage der wirthschaftlich Schwachen zu Hülfe kommt, wenn er sich bemüht, nicht eine wirthschaftliche Gleichstellung Aller herbeizuführen, — das ist den Vertretern des Staatssozialismus weder jetzt noch früher beigekommen, — wohl aber eine beständige Verbesserung der Lage der freien Lohnarbeiter herbeizuführen, sie in dem vorhandenen und nicht auf einmal zu beseitigenden wirthschaftlichen Kampfe so zu stärken, daß sie nicht nothwendiger Weise unterliegen müssen.“

Herr v. Berlepsch erklärt, daß die Sozialreform bezw. Sozialpolitik jeder Zeit zum Programm der Hohenzollern gehört und daß der Staatssozialismus besonders in der Begründung der sozialpolitischen Gesetzentwürfe unserer Zeit maßgebend gewesen sei. Auch in Fürst Bismarcks Reden habe der Staatssozialismus stets eine große Rolle gespielt. Selbst zur Forderung des „Rechtes auf Arbeit“ habe Bismarck, freilich nur „in der Hitze des Gefechtes“, sich bekannt. Oft habe Bismarck vom „Schutz des Schwächeren“ gesprochen. Seine Ausführungen faßt Herr v. Berlepsch in folgende Sätze zusammen:

„Derjenige, der auf dem Boden der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung eine Sozialreform, die allmählige Hebung der Lage der arbeitenden Klasse für möglich hält und anstrebt, erkennt an, daß die Arbeiterschaft, die freien Lohnarbeiter, die von ihrer Hände Arbeit leben, in der Regel kein Vermögen oder doch nur ein so geringes besitzen, daß es in arbeitsloser Zeit rasch aufgezehrt ist, einen Berufsstand bilden, der ein gemeinsames Interesse besitzt, welches in mancher Beziehung verschieden ist, von den Interessen anderer Berufsstände und sich zur Wahrung und Vertheidigung dieses Interesses mit Recht zusammenfindet. Er erkennt an, daß dieser Berufsstand nach Lage der wirthschaftlichen Entwicklung genöthigt ist, in einen wirthschaftlichen Kampf um das, was er erstrebt, eine bessere und vor Allem eine gesicherte Existenz, einzutreten. . . . . Es ist nicht unrichtig, bedenklich und gefährlich, den Thatsachen in's Gesicht zu sehen, die Mißstände im wirthschaftlichen Leben zu bekennen und ihre Abstellung auf dem Wege der Reform anzustreben, wohl aber ist es unrichtig, bedenklich und gefährlich, den Kopf in den Sand zu stecken, Vogel Strauß-Politik zu treiben und sich gegenüber dem Emanzipationskampfe der Arbeiterschaft mit der Frage abzufinden: Giebt es heute Emanzipirteres im ganzen Staate und im ganzen Reiche, als die Arbeiterschaft?“

Wie sehr bedenklich und gefährlich es ist, auch nur in beschränktem Maße, als Staatssozialist und Ordnungspolitiker den Thatsachen ins Gesicht zu sehen, daß hat Herr von Berlepsch an sich selbst erfahren. Seinen guten Willen in Ehren! Aber seine Auffassung über Werth und Bedeutung des „Staatssozialismus“ ist doch eine recht naive. Freilich, es ist begreiflich, daß er, um nicht als „Umstürzler“ zu erscheinen, hinter diesem Worte Stellung nimmt. Er könnte sehen, daß wir uns längst in der Revolution befinden. Die Abwendung der Gewalt zu verhüten ist doch gerade die Sozialdemokratie bemüht. Uebrigens ist es unmöglich, eine Sicherung der Existenz der Arbeiter zu erreichen, ohne daß die Grundlagen der bestehenden Ordnung angegriffen und umgestaltet werden. Und der Emanzipationskampf der Arbeiter kann nicht Halt machen vor Konzessionen des Staatssozialismus. Man kann die wirthschaftliche und politische Entwicklung nicht verhindern und nicht ein für allemal mit ihren Konsequenzen rechnen. Das Volk der Arbeit will nicht nur der materiellen Noth ledig sein, es will auch frei werden und selbst Lenker seiner Geschicke sein.

Hier ist der Punkt, an welchem aller Staatssozialismus scheitern muß.

Oeffentlich-rechtliche Einrichtungen im Interesse der Arbeiterklasse hat die sozialdemokratische Partei stets energisch gefordert. So insbesondere Arbeitsämter und Arbeitskammern, die für die Arbeiter mit Rath und That eintreten. Die sozialdemokratische Fraktion hat mehrfach diesbezügliche Gesetzentwürfe im Reichstage eingebracht. Dummheit, Niedertracht und Furcht haben die Annahme derselben verhindert. Da sind denn hier und da die Arbeiter — die organisirten — selbstständig, aus eigener Kraft mit der Errichtung von Arbeiter-Sekretariaten vorgegangen, deren Aufgabe es ist, Beschwerden entgegen zu nehmen, auf ihre Begründung zu prüfen und den Gewerbeaufsichtsbeamten zu übermitteln, ferner den Arbeitern unentgeltlich Auskunft und Rath in allen sie berührenden Angelegenheiten zu gewähren. In Nürnberg, Stuttgart und München hat diese Einrichtung sich vorzüglich bewährt. In vielen anderen Städten ist die organisirte Arbeiterschaft geneigt, dem Beispiel zu folgen.

Da erleben wir dann wieder, daß „Ordnungspolitiker“ auf diese Einrichtung hinweisen als auf eine solche, deren sich dann doch der Staat bemächtigen müsse. So schreibt die „Süddeutsche Reichs-Correspondenz“:

„Die Arbeiter-Sekretariate sind Schöpfungen der Gewerkschaften, d. h. thatsächlich der Sozialdemokratie; an der Spitze des Stuttgarter Instituts steht einer der ständigen Reichstagskandidaten der württembergischen Sozialisten. So viel sich nach dem Berichte beurtheilen läßt, ist dem Stuttgarter Institut die Anerkennung nicht zu versagen, daß es seiner Aufgabe

sachgemäß nachgekommen ist. Worauf indeß hier die Aufmerksamkeit gelenkt werden soll, ist die indirekte politische Werbekraft, die ein solches Institut auf die der Sozialdemokratie noch nicht angehörigen Volkskreise ausüben muß. Von den 5931 Besuchern des Stuttgarter Sekretariats (der Bericht bezieht sich auf die ersten zehn Monate des Bestehens) waren nur 1880 Angehörige einer sozialdemokratischen bezw. gewerkschaftlichen Organisation, die überwiegende Mehrheit also gehört anderen Kreisen an, und zwar keineswegs von Stuttgart allein, sondern auch von entlegeneren Gegenden. Selbst aus Orten, mit denen die „organisirte Arbeiterschaft" keine Fühlung hatte, kamen schriftliche und mündliche Anliegen. Und wie unter der auswärtigen Klientel die bäuerliche Bevölkerung mit einem beständig wachsenden Prozentsatz betheiligt ist, so ist in der Stadt Stuttgart eine allmälig wachsende Betheiligung der bürgerlichen Kreise, insbesondere des Handwerks, zu konstatiren. Es besteht eben, insbesondere infolge der Versicherungs-Gesetzgebung des Reiches, aber auch in anderen besonders häufigen Rechts-Angelegenheiten, wie Militärsachen, Miethsstreitigkeiten, Erbschafts- und Ehesachen und dergleichen, in den breiten Schichten der Bevölkerung ein großes Bedürfniß nach einer mit Lasten, Umständlichkeiten und Förmlichkeiten nicht verknüpften Rechtsbelehrung. Dieses Bedürfniß zu befriedigen, sollte nicht einer politischen Partei überlassen bleiben, deren Ziele es für den Staat unerwünscht machen müssen, daß weite, ihr bisher fernstehende Bevölkerungsschichten sie im Lichte eines gemeinnützigen Anwaltes betrachten lernen. Daher erscheint der „Stoßseufzer" eines nationalliberalen Politikers, den der Bericht des Stuttgarter Arbeiter-Sekretariats mit Genugthuung verzeichnet, sehr gerechtfertigt. Hier scheint in der That eine Aufgabe für den Staat vorzuliegen, die im Anschluß an die Gemeinde- und Gewerbegericht unschwer zu bewältigen sein müßte, die aber freilich ersprießlich nur gelöst werden könnte, wenn alle bureaukratische Unnahbarkeit und alle formalistische Schwierigkeit gänzlich bei Seite gelegt würde."

Also jetzt, nachdem die Arbeiter aus eigener Kraft geleistet haben, was die „staatserhaltenden" Elemente seither bekämpften, — jetzt wird das, was die Arbeiter-Sekretariate thun, als „Aufgabe des Staates" bezeichnet. Aber nicht Gerechtigkeitsgefühl ist für diesen Umschwung der Ansicht maßgebend, sondern die Furcht vor der „indirekten politischen Werbekraft" der Einrichtung.

Das wollen wir hiermit ausdrücklich feststellen. Die Arbeiter mögen sich's merken!

Der gröbste grobe Unfug ist bekanntlich der, der mit Anwendung des groben Unfug-Paragraphen getrieben wird. Er ermöglicht, an sich erlaubte, rechtlich und moralisch in keiner Weise anfechtbare Handlungen zu Strafthaten zu stempeln, wenn sie den „maßgebenden Elementen" unangenehm sind. Diese feine Anwendung ist ein wahrer Hohn auf den Begriff „Rechtssicherheit" im „Rechtsstaat"; sie involvirt ein Stück Unterdrückungspolitik. Nunmehr wird bei der Berathung der Lex Heintze im Reichstage von freisinniger Seite mit Unterstützung der Sozialdemokratie der Versuch gemacht werden, den groben Unfug-Paragraphen des Strafgesetzbuches zu ändern. Die Abgeordneten Beckh, Lenzmann und Munckel beantragen nämlich, diesem Paragraphen folgende Fassung zu geben: „Wer durch Erregung von Lärm oder ähnliche unmittelbar in die Sinne fallende Handlungen die öffentliche Ruhe stört." Der Paragraph lautet jetzt: „§ 360. Mit Geldstrafe bis zu 150 Mark oder mit Haft wird bestraft: 11) wer ungebührlicherweise ruhestörenden Lärm erregt oder wer groben Unfug verübt."

Von der deutschen Kolonialpolitik. Dr. Peters unterzieht in einer Broschüre die deutsche Kolonialpolitik einer Kritik. Er spottet über die Art, wie man durch Beamte, Offiziere und Unteroffiziere glaubt Ostafrika kolonisiren zu können. Daß es sich in neuen Ländern ausschließlich zunächst um die Schaffung volkswirthschaftlicher Güter gehandelt habe, übersehe man ganz und gar. „So ging man daran, in allen deutschen Kolonien die in der Heimath gewohnten Behörden zu organisiren. Das ganze Land, gleichviel ob deutsche Interessen bestanden oder nicht, wurde mit einem Netz von Stationen überzogen, in denen sich Beamte, Offiziere und Unteroffiziere niederließen, die nicht dahin gekommen waren um das Feld zu bestellen und Handel zu betreiben und dadurch ihren Unterhalt aus der Kolonie selbst zu gewinnen, sondern die vielmehr ihre Gehälter aus Berlin bezogen und auch den größeren Theil ihrer Bedarfsartikel aus Deutschland sich kommen ließen. Schöne stattliche Amtsgebäude stiegen überall aus der Erde empor; mit deutscher Musterhaftigkeit und Sauberkeit wurde Polizeiordnung und Zucht eingeführt; Anmeldepflicht und standesamtliche Ordnungen wurden geschaffen. Wer von draußen in die Kolonie hineinkam, freute sich über das, was er sah: die schönen Gebäude, die sauberen Straßen, das muntere, durch bunte Uniformen belebte Treiben. Er vergaß darüber, daß alles dies doch im Grunde nur Kunstschöpfungen waren, nicht aus der Kolonie selbst heraus verdient, sondern bezahlt mit Geld aus der Heimath; daß es sich nicht um ein aus dem Boden heraus erwachsenes, gesundes, wirthschaftliches Leben, sondern vielmehr um ein nationalökonomisches Scheindasein handelte, das jeden Augenblick wieder verschwinden kann; wenn nämlich der deutsche Reichstag den Leben spendenden Geldstrom verschließt, von dem es allein abhängt. Was sich um diesen imposanten Beamtenaufbau an wirklichem natürlichen Wirthschaftsleben rankt, ist nämlich von absolut untergeordneter, ja im wesentlichen parasiter Bedeutung. Denn die meisten Nicht-Beamten und Nicht-Soldaten in der Kolonie leben doch wieder nur von diesen und im letzten Grunde also ebenfalls aus dem Säckel des deutschen Steuerzahlers ..... Leute, die wirklich neue Werthe im Lande schaffen und von diesen leben, sind mit der Laterne zu suchen. Ich meine Pflanzer, Händler, die von Eingeborenen direkt verdienen, Minenleute, die wirklich Erze auf den Markt bringen, Jäger 2c. Nun sind aber diese gerade die Grundlage für jede organische Wirthschaftsentwickelung eines neuen Gebietes, der reale Untergrund, aus dem alle jene anderen Berufsklassen, die sich in unseren Kolonien so breit machen, erst nach und nach emporwachsen sollen. Der einsichtige Leser wird erkennen, daß wir das natürliche Stufenverhältniß umkehren, die Pyramide auf den Kopf stellen." Das „System Kayser" sei am besten durch die Thatsache gekennzeichnet, daß in den deutschen Kolonien immer auf 1⅔ Kolonisten je ein Beamter komme. Das Reich gebe jährlich Millionen aus, um Zustände in deutschen Kolonien zu schaffen, die auf ein tüchtiges Kolonialelement eher abschreckend als verlockend wirkten. „Weshalb", so schreibt Peters, „Distrikte militärisch besetzt werden müssen, wo keine Deutschen wohnen, wird mir Niemand plausibel machen können. In Distrikten, wo überhaupt keine deutschen Interessen vorhanden sind, wie am Tanganyika, Nyassa oder in Unjamwesi, sollte man sich die Unkosten von Verwaltungsstationen ganz ersparen und die Eingeborenen bis auf weiteres sich selbst überlassen."

Gewiß! Aber Peters war bekanntlich selbst zum Kommissar am Tanganyikasee ausersehen und schwankte noch lange Zeit, bis er diesen Posten ablehnte.

Der Selbstmord der Genossin Eleanor Marx-Aveling giebt den Muckern und Augenverdrehern erwünschte Veranlassung, gegen den Atheismus und die materialistische Weltanschauung loszudonnern, wobei natürlich auch das Andenken der Unglücklichen, deren Gruft sich eben erst geschlossen hat, reichlich mit Schmutz besudelt wird. Kreuzzeitung und Konsorten weisen mit dem Seitenblicke moralischer Verachtung darauf hin, daß Eleanor Marx seit 10 Jahren mit Dr. Aveling auf Grund der „freien Liebe" zusammengelebt habe. Dafür verabreicht ihnen die freisinnige „Berliner Zeitung" eine kräftige Ohrfeige. Sie schreibt: „Wir meinen, ein solches Band, aus freier Zuneigung geschlossen, mag ihm immer der priesterliche Segen fehlen, steht sittlich tausendmal höher als die rite geschlossenen „Ehen" der Herren von und zu Habenichts, die sich durch Heirathsinserate und Heirathsvermittler an die Meistbietende zu verkuppeln suchen, um ihr schäbig gewordenes Adelsschild neu zu vergolden, und wenn auch zehn Pfaffen ihr Amen dazu gesprochen haben. Die Ursache des Selbstmordes der Frau Aveling ist noch nicht aufgekärt, aller Wahrscheinlichkeit nach besteht sie in Geisteskrankheit, da eine andere Veranlassung nicht erkennbar und dem traurigen Ende eine Zeit der Schwermuth vorangegangen ist. Wenn irgend eine „Standesperson", etwa ein verlumptes Grafenkind, das die väterlichen Moneten zu früh an den Mann gebracht hat, seinem verfehlten Leben ein Ende macht, dann ist selbstverständlich ein „Anfall von Geistesstörung" Schuld daran; bei der atheistischen Sozialdemokratin muß es natürlich die „materialistische Weltanschauung" sein, die sie zu dem Entschlusse geführt hat, ein Leben, welches ihr nicht mehr „gut und schön" schien, als werthlos wegzuwerfen. Gewiß, es giebt fromme Leute, die ihr Glaube vor dem Selbstmord bewahrt, wie das Beispiel des hochedlen Freiherrn von Hammerstein zeigt, der selbst den deutlichsten Winken seiner ehemaligen Freunde nach der rettenden Pistole auswich und die Zuchthausschande dem freiwilligen Scheiden aus dem Dasein vorzog. Im allgemeinen aber sind Selbstmorde von Anhängern der materialistischen Weltauffassung, von der die eifernden Mucker übrigens noch weniger verstehen, als die Kuh vom Französischen, gewiß viel seltener als von Leuten, die ihr Lebetag als sogenannte gute Christen gegolten haben. Daß die Lehre, man solle hier das Leben gut und schön machen, da es ein Jenseits nicht gebe, den Junkern und ihren Helfershelfern unbequem ist, versteht man ja, aber sie brauchen nicht zu fürchten, daß die von ihnen ausgebeuteten Landarbeiter, sollte selbst zu ihnen diese Lehre dringen, darum sich das Leben nehmen werden; es genügt bekanntlich schon, wenn die Leute in die nächste Stadt ziehen.

Dänemark.

Die Folkethingswahlen haben einen erfreulichrn Beweis für den kräftigen Fortschritt des Sozialismus geliefert. Er zeigt sich nicht nur in dem schon gemeldeten Gewinn von drei neuen Mandaten, sondern auch in der Thatsache, daß die dänische Sozialdemokratie die einzige Partei war, die ohne jeden Mandatsverlust aus dem Wahlkampf hervorging. Sie hat alle alten Sitze behauptet, auch die früher stark umstrittenen Helsingör und Aarhus, und drei neue gewonnen (Horsens, Randers und Aalborg von der Rechten). Sie hat jetzt 12 Sitze, gegen 8 bei den Wahlen 1895. In 21 Kreisen waren Kandidaten aufgestellt. Selbst die Radikalen mußten dagegen einen Kreis einbüßen, wofür sie freilich 10 neue eroberten.

Noch drastischer zeigt sich der Vormarsch der dänischen Sozialdemokratie in den Stimmenzahlen. Bei den Wahlen 1892 erhielt sie im Ganzen 20 000, 1895 25 000 und diesmal fast 32 000 Stimmen, also seit sechs Jahren ein Fortschritt von 12 000 Stimmen. Während derselben Zeit ist die Rechte um 40 000 Stimmen zurückgegangen, nämlich von 90 000 1892 auf 50 000 am Dienstag. In den Regierungskreisen herrscht, wie der „Hamb. Corresp." meldet, wegen des Resultats der Wahlen große Bestürzung, und die Bildung eines Linken-Kabinets, das aus Mitgliedern der Linkenreformpartei bestehen soll, gilt als wahrscheinlich.

Frankreich.

Ein neuer Zolaprozeß scheint nun doch in Aussicht zu stehen. Ein Pariser Telegramm vom 9. April meldet: Das Kriegsgericht, das Esterhazy freigesprochen hatte, trat gestern Vormittag zur Prüfung nachfolgender zwei Fragen zusammen: Soll gegen Zola eine neue Klage angestrengt werden? Soll bei dem Großkanzler der Ehrenlegion eine Klage gegen Zola als Inhaber des Offizierkreuzes der Ehrenlegion eingereicht werden? Die Verhandlung, die mit Ausschluß der Oeffentlichkeit stattfand, wurde nach zweistündiger Berathung auf Nachmittags 2 Uhr vertagt. Man glaubt bestimmt, daß das Kriegsgericht, das gestern Nachmittag 2 Uhr die Sitzung wieder aufnahm, seine Entscheidung nicht veröffentlichen, sondern durch Vermittlung des Generals Zurlinden dem Ministerrathe überreichen wird. Der Ministerrath trat Nachmittags ebenfalls zu einer Sitzung zusammen.

Amerika.

Die Entscheidung im amerikanisch-spanischen Konflikt ist noch nicht gefallen. Aber an ihrem furchtbaren Ernste hat die Situation leider nicht das Mindeste eingebüßt, dafür legen die folgenden Meldungen ein sprechendes Zeugniß ab:

Der amerikanische Generalkonsul Lee in Havana soll heute Kuba verlassen. Er ist nach Washington berufen und soll dort vor dem Komitee des Repräsentantenhauses für auswärtige Angelegenheiten bezeugen, daß im Augenblick der „Maine-"-Explosion alle elektrischen Lichter in Havanna erloschen. Jedenfalls sei die ganze Stromkraft zur Anzündung der „Maine" gebraucht worden. — General Woodfort soll heute schon Madrid verlassen. — Amerikaner und viele Spanier fliehen aus Kuba. Die amerikanischen Dampferlinien brachen ihren Verkehr mit Havanna ab.

Der „Kölnischen Zeitung" wird aus Madrid telegraphirt: Die Papiere des amerikanischen Konsulates sind bereits dem britischen Konsulat übergeben. In Washington wird der Gesandte Bernabe die Geschäfte der französischen Botschaft übergeben.

Das amerikanische Kriegsdepartement begann Einberufungsordres für die Milizen auszufertigen. Man fürchtet das Eindringen spanischer Freiwilligen Korps über die mexikanische Küste

Aus Newyork wird gemeldet, die Vorstellung der europäischen Mächte in Washington verfehle ihre Wirkung. Die Kriegspartei zwinge Mac Kinley, energischer zu repliciren, als ihm lieb sei, um sich vor dem bestimmt zu erwartenden Vorwurf zu schützen, er dulde keine europäische Intervention.

Aus Washington wird gemeldet: Ein Gesetzentwurf betreffend eine zeitweilige Anleihe von 400 Millionen Mark und eine dauernde Anleihe von 1200 bis 2000 Millionen Mark zu 3 pCt. ist vorbereitet worden und soll im Falle des Krieges dem Kongreß vorgelegt werden.

Aus Madrid kommt die Meldung von Differenzen zwischen der zur Nachgiebigkeit gesonnenen Königin und dem Ministerium. Eine Ministerkrise soll nicht außer dem Bereiche der Möglichkeit liegen.

Ein nett christliches Osterfest!

Lübeck und Nachbargebiete.

12. April.

Achtung, Tischler! Wegen Verlängerung der Arbeitszeit haben die bei Zimmermeister Torkuhl beschäftigten Kollegen die Arbeit eingestellt. Zuzug ist streng fernzuhalten. Die Lohnkommission der Holzarbeiter.

Achtung, Bäcker! Ueber die Brodfabrik von Evers, Kommandit-Gesellschaft, Ratzeburger Allee 106, ist wegen Entlassung von drei Kollegen die Sperre verhängt. Zuzug ist fernzuhalten.

Der Vorstand
der Zahlstelle Lübeck des „Deutschen Bäcker-Verbandes."
J. A.:
L. Breithaupt.

Die „**Eisenbahn-Zeitung**" hat vor einigen Tagen einmal wieder den schüchternen Versuch gemacht, der Sozialdemokratie eins auszuwischen und natürlich Pech dabei gehabt. Unser Genosse Schoenlank hat in seiner Eisenbahnrede vom 3. März im Reichstage eine Fülle von Beweismaterial wohlgeordnet vorgeführt, aus dem klipp und klar erhellte, daß Dank dem System der fiskalischen Ueberschußwirthschaft die große Masse der Eisenbahner systematisch überarbeitet wird. An der Hand der Statistik, auf Grund gerichtlicher Urtheile, aus den Schriften der Hygieiniker, mit zahlreichen beglaubigte Daten wies er die sozialpolitische Gefährlichkeit des „Sparsystems" schlagend nach. Und er ist nicht widerlegt worden. Jetzt klaubt irgend ein Zeitungsgeheimrath endlich, nach länger als Monatsfrist aus der Rede Schoenlanks einen Satz heraus, der die Thatsache anführte, daß ein Rangierarbeiter in Hanau während eines Jahres 362 Tage gearbeitet hat. Was behauptet nun der Eisenbahnoffiziosus? Daß Schoenlank das Aktenstück (es handelt sich um eine Unfallsache), aus dem er dieses Faktum genommen, nicht richtig aufgefaßt habe! Man höre und staune: nicht der Jahresverdienst des Arbeiters, der prozessirt, sondern der eines gleichgestellten Arbeiters sei zu Grunde gelegt worden. Das wäre gehüpft wie gesprungen. Und dieser „zu Grunde gelegte" Arbeiter ist in der glänzenden Situation, daß ihm der „Sparminister" Thielen 362 Tage Lohn bezahle, er aber keineswegs 362 Tage arbeite! Der Arbeiter „hat nicht an 362 Tagen gearbeitet, sondern für 362 Tage Lohn bezogen. . . . Herrn Dr. Schoenlank scheint es etwas Neues zu sein, daß ständige Betriebsarbeiter der preußischen Staatsbahnen auch für solche Tage gelohnt werden, an dem sie theils nur dienstbereit sind, theils überhaupt nicht arbeiten. Sehen wir ganz davon ab, daß „Dienstbereitschaft", das stete zur Verfügung Stehen innerhalb einer bestimmten Zeit, doch auch Dienst ist, so ist gegenüber den Flausen des Eisenbahnoffiziosus festzustellen, daß nach dem Aktenstücke der Kläger in einem Jahre 362 Tage gearbeitet hat, und daß er sich gerade deshalb beschwert fühlt und petitionirt, weil ihm diese 362 Tage, die er gearbeitet, bei der Festsetzung der Rente nicht angerechnet worden seien. Wie glücklich gackerte die „Esb. Ztg.", daß sie, die ganz blinde Henne, doch ein Körnchen wenigstens aufgepickt hat! Und siehe, auch dies Körnchen war blauer Dunst.

Hinein in den sozialdemokr. Verein!

Das feudale Junkerthum und die gesammte Kapitalistenklasse sind an der Arbeit, um die geringen politischen Rechte des Volkes zu vernichten und einen großen Beutezug auf seinen Geldbeutel zu unternehmen. Die Regierung ist diesen Elementen nicht nur eifrig zu Willen, sie sucht durch eine abenteuerliche auswärtige Politik die Aufmerksamkeit des Volkes von den immer unhaltbarer werdenden inneren Zuständen des Reiches abzuwenden.

In dieser Zeit der wirthschaftlichen und politischen Reaktion ist ein fester Zusammenschluß aller wirklich freiheitlich gesinnten Männer zur absoluten Nothwendigkeit geworden. Der

sozialdemokratische Verein zu Lübeck

ist von jeher für die Rechte der unterdrückten Volksklassen energisch eingetreten, er repräsentirt die lokale Organisation der sozialdemokratischen Partei im Wahlkreise Lübeck.

Parteigenossen, Arbeiter! Es ist nothwendig, daß wir schon jetzt zu den nächsten Wahlen rüsten, denn der Kampf wird diesmal noch viel heißer als früher werden. Wir fordern daher alle Diejenigen, die mit den Bestrebungen der Sozialdemokratie einverstanden sind, auf, unserem Vereine beizutreten und so durch Leistung des geringen regelmäßigen Monatsbeitrages von 20 Pfennigen unsere Kampffähigkeit zu erhöhen.

Aufnahmen finden statt bei dem Kassirer

Gustav Kähler, Böttcherstr. 18,

und in den am ersten Montag nach dem Ersten eines jeden Monats im

Vereinshaus, Johannisstr. 50,

stattfindenden Mitgliederversammlungen.

Hinein in den sozialdemokr. Verein!

Zur Kandidatur Lauenstein. Ueber die Betheiligung des „Vereins der Landbewohner" an der Aufstellung eines bündlerischen Kandidaten schreibt die „E.-Z.":

Wir haben die Begründung des letztgenannten Vereins s. Zt. mit Freuden begrüßt, weil es uns durchaus nothwendig erschien, daß auch die Bewohner des lübeckischen Landgebietes sich zur Wahrung ihrer Interessen vereinigten. Wie man uns aus dem ritzerauer Landbezirk schreibt, bedauert man es dort, daß der Verein sich immer mehr auf das politische Gebiet begeben hat. Man befürchtet, daß ein politischer Verein der Landbewohner weniger erreichen wird, als ein unpolitischer.

Wegen Bedrohung mit einem Revolver hat ein Bäckereiarbeiter den Geschäftsführer der Ewers'schen Brodfabrik, Hennings, bei der Staatsanwaltschaft zur Anzeige gebracht. Er will von H. im Kontor beschimpft, in die Ecke gedrückt und sodann in der angegebenen Weise bedroht worden sein.

Unfall. Im Lohmühlenweg scheute am Montag Vormittag das Pferd eines Gärtnerfuhrwerks. Hierbei brach die Deichsel und der Kutscher flog über einen Zaun, anscheinend ohne sich zu verletzen.

Vom Tage. Gestohlen wurde in einer Herberge einem Kuhfütterer Portemonnaie mit 30 Mk. und Uhr. Drei Diebe sind gefaßt.

Lehrlingswesen. Das Stadt- und Landamt weist darauf hin, daß die Novelle zur Gewerbeordnung vom 26. Juli 1897 im art. 2, (§§ 126 bis 128) 3 und 4, bezüglich des Haltens von Lehrlingen durch Gewerbetreibende insbesondere folgende von dem bisher geltenden Rechte abweichende Bestimmungen enthält: 1. Die Befugniß zum Halten oder zur Anleitung von Lehrlingen steht Personen, welche sich nicht im Besitze der bürgerlichen Ehrenrechte befinden, nicht zu (§ 126). Wer dieser Bestimmung entgegen Lehrlinge hält, anleitet oder anleiten läßt, wird mit Geldstrafe bis zu 150 Mk. und im Unvermögensfalle mit Haft bis zu vier Wochen bestraft, er kann ferner vom Polizeiamt durch Zwangsstrafen zur Entlassung der Lehrlinge angehalten werden. 2. Es ist ein schriftlicher Lehrvertrag nach Maßgabe der im § 126b näher dargelegten Bestimmungen zu schließen. Der Lehrherr, welcher den Lehrvertrag nicht ordnungsmäßig abschließt, wird mit Geldstrafe bis zu 20 Mk. und im Unvermögensfalle mit Haft bis zu drei Tagen bestraft. 3. Der Lehrherr ist verpflichtet, den Lehrling zum Besuch der Fortbildungs- oder Fachschule anzuhalten und den Schulbesuch zu überwachen. Vernachlässigt ein Lehrling den Besuch der Schule, so kann seine Entlassung erfolgen. 4. Zu häuslichen Dienstleistungen dürfen Lehrlinge, welche im Hause des Lehrherrn weder Kost noch Wohnung erhalten, nicht herangezogen werden.

Im Naturheilverein wird heute Abend im Konzerthaus Fünfhausen der Redakteur des „Naturarzt", Herr R. Gerling aus Berlin, über das Thema „Umsturz in der Medizin" reden. Da der hiesige Verein nun schon zum dritten Male in diesem Winter Gelegenheit bietet, Jedem, Damen und Herren, gegen ein Eintrittsgeld von 10 Pf. im Vorverkauf (für Mitglieder ist dieser Vortrag frei) Vorträge zugänglich zu machen, so steht zu erwarten, daß es, wie im Concordiagarten, gut besetzt werden wird. Es ist daher anzurathen, möglichst früh zu erscheinen.

An anzeigepflichtigen Krankheiten gelangten im März zur Anzeige: Diphterie 11, Masern 3, Scharlach 25, Typhus 5, Wochenbettfieber 1 Fall. Es starben an Scharlach 2, Typhus 1 Person.

Testamentseröffnung. In der Sitzung des Amtsgerichts am Donnerstag den 14. April 1898, Vormittags 10½ Uhr werden eröffnet werden: 1) das Testament des hieselbst am 29. März 1898 verstorbenen Prokuristen Wilhelm Diedrich Ludwig Carl Greiff; 2) das Testament des hieselbst verstorbenen Privatmannes Johann Heinr. Christian Kreker.

* **Statistik** über die Arbeitslosigkeit im Malergewerbe, veranstaltet von der Vereinigung der Maler, Lackirer, Anstreicher und verwandter Berufe (Filiale Lübeck) vom 1. Janr. 1897 bis 31. Dezember 1897. Ermittelt wurden 98 in diesem Berufe thätige Personen. Von diesen hatten 86 die herausgegebenen statischen Bogen ausgefüllt, welche folgendes Resultat ergaben: 86 Kollegen waren 687 Wochen 1 Tag arbeitslos. Davon gehen ab 44 Wochen 2 Tage für Kollegen, welche Krankheit abhielt zu arbeiten. Doch war die Mehrzahl der Kollegen auch in der Zeit krank, wo keine Arbeit vorhanden war. Von den 86 Kollegen, welche arbeitslos, waren 42 verheirathet, welche insgesammt 103 Kinder hatten und 251 Wochen 2 Tage außer Arbeit waren. Hiervon gehen ab durch Krankheit 13 Wochen. Von den 86 Kollegen, welche in die Statistik aufgenommen sind, gehören 17 der Vereinigung nicht an. Der Ausfall an Lohn war abzüglich der Wochen, wo Krankheit vorlag, nach genauer Feststellung von 86 Kollegen 1608,86 Mk. Von diesen 86 Kollegen hatten 14 das Jahr hindurch gearbeitet, außer 7 Wochen 3 Tagen, welche wegen Krankheit abgerechnet werden müssen. Von diesen 14 Kollegen, welche das Glück hatten das Jahr ohne Unterbrechung — ausgenommen Krankheiten — zu arbeiten, waren 10 verheirathet. Möge dieser Auszug von einem für unserem Gewerbe noch günstigen Jahrgang die Kollegen dazu verlassen, daß, soweit sie ihre Pflichten im Punkte Organisation bis jetzt nicht nachgekommen, dieses nachholen, um mit uns geschlossen für bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu kämpfen, damit wir diesen ganz enormen Lohnausfall wieder wett zu machen suchen. Ganz besonders sei aber an dieser Stelle darauf hingewiesen, daß die Lehrlingszüchterei, welche hier in Lübeck ihre schönsten Blüthen treibt, indem die Mehrzahl der hiesigen Meister ihre ganzen Arbeiten durch Lehrlinge fertigstellen und höchstens zwischen Ostern und Pfingsten einen Gehülfen beschäftigen, dem Gehülfen diesen Ausfall an Arbeit verursacht. Mögen deshalb die verehrlichen Eltern resp. Vormünder sich diese Statistik, die, wie schon vorher erwähnt, in einem günstigen Jahr aufgenommen ist, nicht so achtlos übersehen, sondern ihre Schlüsse hieraus ziehen, damit endlich einmal eine Abhülfe auf diesem Gebiet erzielt wird und nicht die ca. 80 Malerlehrlinge Lübecks später ihren Eltern, wenn sie Gehülfe geworden sind, jeden Winter zur Last fallen, oder als sogenannte „Vagabunden" die Landstraße bevölkern.

Gnissau. Eine Volksversammlung tagte hierselbst am zweiten Ostertage, und zwar, da in Folge bekannter „Einwirkungen" kein Lokal zu haben ist, auf einer Wiese des Hufners Schacht. Obwohl das nasse, stürmische Wetter das für diese Jahreszeit etwas gewagte Unternehmen sehr ungünstig beeinflußte, hatte sich doch eine ganze Anzahl ländlicher Arbeiter und Arbeiterinnen eingefunden, welche mit Aufmerksamkeit dem einstündigen Vortrage des Genossen Kasch-Lübeck folgten und am Schlusse der Versammlung — welche, nebenbeibemerkt, von 2 uniformirten Beamten überwacht war — durch lautes Einstimmen in das vom Vorsitzenden ausgebrachte Hoch auf die Sozialdemokratie ihr Einverständniß mit den Bestrebungen unserer Partei bekundeten. Unser Ort bildet den äußersten Vorposten gegen das dunkle Güterviertel des neunten schleswig-holsteinischen Wahlkreises. Erfreulicher Weise waren auch aus Dörfern des Kreises Segeberg, in denen wir 1897 keine einzige Stimme erhielten, eine Reihe Zuhörer erschienen. Es wird Sache, vor Allem unserer mit regem Eifer arbeitenden Gnissauer Genossen sein, auch in jene entlegene Domänen der holsteinischen Junker und Hamburger Kaufmann-Junker Licht und Leben zu tragen.

× **Eutin.** Landeskasse. Die Regierung bringt zur öffentlichen Kenntniß, daß die Landeskasse am 28., 29. und 30. d. M. geschlossen sein wird.

Hamburg. Vom Semler. Der von seinen Fackelzügen nach Friedrichsruh bekannte Rechtsanwalt Dr. Semler hat in der Bürgerschaft, der er als würdiger Vertreter von Ochsenwärder angehört, einen Antrag auf Erichtung eines Denkmals für Bismarck aus Staatsmitteln gestellt. Bei der Zusammensetzung der Bürgerschaft ist nicht daran zu zweifeln, daß Hamburg neben dem eben beschlossenen Wilhelmdenkmal nun auch sein Bismarckdenkmal erhalten wird. Die Hamburger königlichen Kaufleute schulden Bismarck auch unbegrenzte Dankbarkeit, und für kostspielige patriotische Festlichkeiten und Denkmäler hat der Hamburgische Staat stets Tausende und Abertausende übrig, während die bescheidenen Forderungen der strebsamen und freimüthigen Hamburger Lehrerschaft um Aufwendungen für die Volksschulen vom Senatstische aus neulich unwidersprochen maßlose genannt werden durften. — Dr. Semler ist der nationalliberale Reichstags-Kandidat für Oldenburg I.

Hamburg. Angstmeier. Hier haben bekanntlich vor einiger Zeit Neuwahlen zur Bürgerschaft stattgefunden. Gegen drei derselben waren Proteste eingelaufen. Es wurde protestirt gegen die Wahl des Antisemiten Raab, weil für denselben mehrere Doppelzettel abgegeben waren, und gegen die Wahl zweier Mitglieder der alten Parteien im Bezirk Barmbek, weil hier geständigermaßen der Wahlvorsteher entgegen den Bestimmungen des Wahlgesetzes etwa 40 Stimmzettel den Wählern aus der Hand genommen und selbst in die Urne gesteckt hatte. Der Wahlprüfungs-Ausschuß der Bürgerschaft hatte nun beantragt, die Wahl des Antisemiten Raab für giltig zu erklären, weil derselbe nach Abzug aller Doppelzettel noch immer eine Majorität hatte, die beiden anderen Wahlen aber wegen der groben Gesetzesverletzung seitens des Wahlvorstehers für ungültig zu erklären. Bezüglich der Wahl Raabs ist die Bürgerschaft dem Antrage des Ausschusses nachgekommen, bezüglich der beiden anderen Wahlen unerhörter Weise nicht. Die Wahlen in Barmbeck wurden trotz der dabei vorgekommenen eklatanten Verletzung der Wahlvorschriften für gültig erklärt. Dieses Vorgehen der Majorität der Bürgerschaft ist ein geradezu unerhörtes, um so unerhörter, als es sich nur erklären läßt aus einer Furcht der Linken der Bürgerschaft vor den Antisemiten, die bei einer etwaigen Nachwahl in Barmbek sehr gute Aussichten hätten.

Tondern. Zur Wahl. Bekanntlich gingen die Nationalliberalen des hiesigen Wahlkreises in Bezug auf den bei den nächsten Reichstagswahlen aufzustellenden Kandidaten auseinander. In den Kreisen Husum und Eiderstedt war der Amtsvorsteher Tönnies aus Garding und im Kreise Tondern der Amtsgerichtsrats Dr. Brockschmidt von hier als solcher aufgestellt. Verschiedentlich waren Vertrauensmänner aus den drei Kreisen zur Besprechung der Kandidatenfrage in Husum zusammengetreten, ohne daß eine Einigung erzielt werden konnte. Um eine Spaltung zu vermeiden, ist jetzt Dr. Brockschmidt zurückgetreten, sodaß auch die Nationalliberalen des Kreises Tondern für Tönnies stimmen werden. Von der freisinnigen Volkspartei ist der Verbandsrevisor Dr. Schneider als Kandidat aufgestellt worden; er hat auch schon mehrfach Wahlreden im Kreise gehalten. Daß auch die Dänen wieder einen Zählkandidaten aufstellen werden, ist selbstverständlich.

Heide. Pastor a. D. C. A. Hoeck hat am 7. ds. Mts. die ihm von freisinniger Seite angetragene Kandidatur für den fünften schleswig-holsteinischen Wahlkreis angenommen.

Bremen. Zum Schutze des Koalitionsrechtes der Arbeiter haben die sozialdemokratischen Vertreter in der Bürgerschaft einen Antrag eingebracht, dem folgenden Gesetzentwurf zuzustimmen und den Senat um seine Mitgenehmigung zu ersuchen:

„Gesetzentwurf, betreffend den Schutz solcher Arbeiter, die von privaten Unternehmern zur Erledigung öffentlicher Arbeiten herangezogen werden. § 1. Eine Vergebung öffentlicher (staatlicher wie kommunaler) Arbeiten im Staate Bremen in private Regie oder in Submission verpflichtet den berücksichtigten Unternehmer, für die übernommenen Arbeiten: a) seinen Bedarf an Arbeitskräften aus den im bremischen Staate ansässigen Arbeitern zu decken, so lange ein Angebot von dieser Seite aus besteht; b) von jeder Beeinträchtigung des Koalitionsrechts der in Betracht kommenden Arbeiter, also der Maßregelung oder Aussperrung wegen Ausübung des Koalitionsrechtes, abzusehen; c) im Falle von Streitigkeiten mit den in Betracht kommenden Arbeitern sich dem seitens der letzteren geäußerten Wunsche, das Einigungsamt des Gewerbegerichts Bremen um Entscheidung anzurufen, unverzüglich zu fügen. § 2. Wenn ein mit der Ausführung öffentlicher Arbeiten betrauter Unternehmer den in § 1 gestellten Bedingungen nicht nachkommt, so hat der Senat die Pflicht, ihm sofort einen einmaligen Hinweis auf die gesetzlichen Bestimmungen unter Androhung sofortiger Aufhebung des mit dem Staate abgeschlossenen Lieferungskontrakts zukommen zu lassen. Kommt jedoch der Unternehmer dem Hinweise nicht binnen vierundzwanzig Stunden nach, so gilt der Lieferungskontrakt als gebrochen und als sofort aufgehoben. § 3. Treten die zur Erledigung übernommener öffentlicher Arbeiten angestellten Arbeiter in einen Streik, so haben die staatlichen Behörden sich jeder Zusicherung irgendwelcher Unterstützung an den Unternehmer zu enthalten. Als eine derartige Unterstützung ist auch die stillschweigende Duldung der Unterbrechung oder Hinauszögerung der Vollendung übernommener staatlicher Aufträge zu betrachten. § 4. Wenn im Falle von Streitigkeiten zwischen den Arbeitern und Unternehmern Letztere die Entscheidung des Gewerbegerichts als Einigungsamt anrufen, so sind auch die Arbeiter verpflichtet, diesem Wunsche sich unverzüglich zu fügen. § 5. Dieses Gesetz tritt sofort nach Zustimmung der gesetzgebenden Körperschaften in Kraft."

Den Anlaß zu diesem Antrage hatten Differenzen der Steinsetzer mit einem Unternehmer gegeben, der seinen Arbeitern zumuthete, ihrer Organisation den Rücken zu kehren. Als es zum Streik kam, wurde dem Unternehmer, der hauptsächlich Staatsarbeiten ausführt, seitens des Staates Aufschub für diese Arbeiten gewährt. Nach einer ausführlichen Begründung des Antrages durch das sozialdemokratische Bürgerschaftsmitglied Blome zog der ganze Chorus der liberalen Bürgerschaftsvertreter gegen diese „Vergewaltigung des Unternehmerthums" zu Felde. Der Antrag wurde denn auch, wie vorauszusehen war, mit allen gegen die Stimmen der beiden sozialdemokratischen Vertreter abgelehnt. Der Kapitalprofit bleibt also nach wie vor geschützt und die Unternehmer bleiben „Herren im Hause", soweit — die Arbeiter es sich gefallen lassen.

Aus Nah und Fern.

Zempelburg. Originalbriefwechsel. Kürzlich wurde bei Entleerung des Briefkastens am Postamt hierselbst folgender Brief aufgefunden: „An minen leiwen Söhn Franz, hei steht in Kolberg bei de Kanonier, hei ritt up en egene Foß." Der Brief kam von Kolberg mit folgendem Vermerk der dortigen Post zurück: Hier in Kolberg lopen all Soldaten to Fot, din leiw Franz mot wo annes stahn."

Parteigenossen, gedenkt des Wahlfonds!

In den Brahms-Erinnerungen des Komponisten und Sängers Henschel findet sich folgender Scherz: Brahms liebte es, sich über die „Hochgeborenen" lustig zu machen. Einmal kam die Rede auf die Komposition eines „hohen Herrn", über die sich Henschel abfällig äußerte. Da sagte Brahms: „Hören Sie, Henschel, man kann in der Beurtheilung der Musik eines Fürsten nicht vorsichtig genug sein; denn man kann nie wissen, wer sie eigentlich gemacht hat..." —

Schreckliche Folgen einer Brandstiftung. In Zaluze in Galizien setzte in der Nacht zum Dienstag der Tagelöhner Szurick aus Rache darüber, weil ihm ein Darlehn verweigert worden war, das Haus des Gastwirths Schildhaus in Brand. Hierbei erlitten die Schildhaus'schen Eheleute lebensgefährliche Brandwunden, ihre beiden Töchter kamen in den Flammen um, und der einzige Sohn wurde vor Schreck wahnsinnig.

Sternschanz-Viehmarkt.

Hamburg, 8. April.

Der Schweinehandel verlief gut.

Zugeführt wurden 5620 Stck. Preise: Versandschweine, schwere 52—54 Mk., leichte 53—55 Mk., Sauen 45—50 Mk. und Ferkel 53—55 Mk. pr. 100 Pfd.

Carl Buchholtz, Eisenwaaren, Haus- und Küchengeräthe, jetzt: **Fackenb. Allee 10b.**

Durch die glückliche Geburt einer kräftigen Tochter wurden hocherfreut
F. Bugs und Frau, geb. Börm.

Anna Störr
Herrmann Wulfert
Verlobte.
Lübeck, Ostern 1898.

Zu verm. zum 1. Juli c. Wohnung
von 3 Zimmern und Zubehör an einzelne Leute.
Näheres Ludwigstraße 57.

Zu verm. c. abgeschl. Etagenwohnung
von 2 Zimmern mit Zubehör
Näheres Kolk 18, 3. Et.

Gesucht zum 1. Juli eine kleine freundliche Wohnung in der Nähe vor'm Holstenthor im Preise von 150 Mk. für Leute mit einem Kind. Ang. unter **A 1876** an die Exp. d. Bl.

Gesucht zum 1. Mai ein junger Knecht von 15—17 Jahren oder einer, der Ostern die Schule verlassen hat bei gutem Lohn.
Langer Lohberg 49.

Zum 1. Mai ein Knecht
F. Scheel Ww., Kleine Altefähre 1.

Zu verk. ein gut erh. Kinderwagen
Näheres Adlerstraße 13.

Verloren eine Korallenkette
am 1. Ostertage im Steinraderweg. Abzugeben Hansastraße 62.

Gefunden ein Kneifer.
Abzuholen Fegefeuer 17.

Gebrannten Kaffee
kräftig und aromatisch
pro Pfund 1 Mk.
Feiner Santos
pro Pfund 80 Pfg.
C. Retelsdorf
Holstenstraße 10.

Eimer-Bier
jeden Dienstag und Freitag Abend von 5—10 Uhr und jeden Mittwoch und Sonnabend Morgen von 6—8 Uhr.
St. Lorenz-Brauerei.
Nebenhofstraße 12. C. Gablenz.

Täglich frisch gekochte
Nordsee-Krabben
empfiehlt
J. F. Jäger, Fischstraße 31.

Schultornister
Bücherträger
Nähkörbe etc.
empfiehlt
C. Hasse
Kupferschmiedestraße 11.

Schultornister
Schulmappen
Nähkörben.-Kasten
Broddosen
Federkasten
u. s. w.
C. Bliesath Ww.
Sandstrasse 9.

Geschäfts-Eröffnung.

Einem werthen Publikum zeige ich hierdurch ergebenst an, daß ich mit dem heutigen Tage hier, **Klingenberg 8/9,** ein

Photographisches Atelier

eröffne. Gestützt auf langjährige Thätigkeit im In- und Auslande, bin ich in der Lage, den höchsten Anforderungen zu genügen. Es wird daher mein eifrigstes Bestreben sein, nur ganz saubere und gediegene Arbeit zu liefern. Die Geschäftslokalitäten sind sämmtlich neu renovirt, sowie mit den modernsten Apparaten ausgestattet.

Auf Obiges Bezug nehmend, halte ich mich dem geehrten Publikum bestens empfohlen.

Hochachtungsvoll
M. Heber, Klingenberg 8/9.

Wir empfehlen unsere gut abgelagerten, nur aus bestem Malz, Hopfen, Hefe und Tiefbrunnenwasser gebrauten

Biere

zur gefl. Abnahme in Flaschen und Gebinden.

Hansa-Brauerei
Johs. Uter & Co.

Dampfbäckerei Hansa, Lübeck.

Halte meine Fabrikate:
Schwarz- u. Feinbrod, sowie **Corinthenbrod,**
täglich frisch, bestens empfohlen.

Verkaufsstellen:
Breitestraße 22, vis-à-vis dem „Lübecker Hof".
Hüxstraße 26.
Mühlenstraße 42, bei Herrn Schmachtel, und
in der Fabrik, Peterstraße 1 (Mühlenthor)

Hochachtungsvoll **J. C. D. Junge.**
Auf Wunsch lasse ich wöchentlich 2 Mal vorfragen. **D. O.**

Esset Quäker OATS

Schutzmarke.

Feinst präparirte, amerikanische Hafer-Speise von **feinstem** Geschmack und **hohem** Nährwerth.

In 20 Minuten fertig gekocht.
Durchschlagen unnöthig.

Jährlicher Umsatz in Amerika 800,000 Kisten.

Verschiedenartigste Verwendung.
Recepte in jedem Packet.

Schutzmarke. Ueberall käuflich in Originalpacketen mit nebenstehender Schutzmarke „Quäker".

Für jeden Reichstagswähler von großer Wichtigkeit ist:

Notizbuch für Reichstagswähler.

Dasselbe enthält:
Statistik der Wahlen zum Deutschen Reichstag von 1871 bis 1897 mit allen Nachwahlen, sowie Schemas zum Eintragen der Wahlergebnisse von 1898 für alle deutschen Wahlkreise. Wahlgesetz, Wahlreglement, Fraktionsbewegung, sowie ein Namensverzeichniß der Mitglieder des Deutschen Reichstages nach dem Stande vom 1. Oktober 1897.
Herausgegeben von H. Schönfeld in Dresden.

Preis 1 Mark.

Zu beziehen durch die
Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.
Johannisstraße 50.

Große öffentl. Versammlung

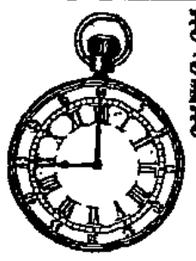
am Donnerstag den 14. April, Abends 8½ Uhr
im Tivoli.

Tages-Ordnung: **Wohin will die Bevölkerung Lübecks den Bahnhof haben?**

Das Comité:
Otto Albers. Johs. Breede. J. H. Burmeister. H. Burwick. W. Busemann. H. J. F. Dobberstein. Johs. Dürkop. H. Chr. Engel. J. C. G. Frick. M. Gehrke. P. H. Glogner. H. M. Haack. Ludw. Hartwig. G. Heine. Johs. Holst. H. H. Jacks. F. A. M. Liefhold. L. Lütjens. Aug. Loffhagen. O. M. A. Longnet. Wilh. Meincke. Herm. Meyer. C. Michaelsen. H. Mollenhauer. A. Chr. D. Nuppnau. C. F. H. Peters. H. F. Philipp. E. Pülschen. H. J. Chr. Raup. C. H. Rosenquist. August Scheere. J. Schlichting. C. Schröder. J. M. H. Schwartz. Kurt Seydell. J. C. Chr. Stapelfeldt. L. Trost. W. M. H. Wesphal.

Otto Gennburg's Concerthalle.

Täglich: **Großes Concert** (Damen-Kapelle).
Mittwochs und Sonnabends: **Frühschoppen.**



Uhren reinigen . 1,50,
Federn einsetzen . 1,50,
1 Jahr Garantie.
Uhrgläser 1. Qual. **0,30.**
Aug. Büttner,
Uhrmacher,
Hüxstraße 32.

Messer, Scheeren, Waffen
Jagdgeräthe u. Munition
in größter Auswahl billigst.
Heinr. Oldorf, Holstenstr. 32.
Reparaturwerkstatt und Schleiferei.

Geschäfts-Eröffnung
in Südfrüchten, Eaks u. Ostereier, Obst- u. Grünwaaren, Conserven, Wurst, Delikatessen, Wurst, täglich frische Meiereibutter und Brod, Flaschenbier-, Briketts- und Kartoffelhandlung, Cigarren-Handlung und Kautabak.
Hochachtungsvoll
P. Schmidt, Untertrave 51.

Achtung!
Bauarbeiter!

Ausserordentliche
Mitglieder-Versammlung
am Donnerstag den 14. April
Abends 8½ Uhr
im Vereinshaus, Johannisstr. 50.

Tages-Ordnung:
1. Innere Vereinsangelegenheiten.
2. Kartellbericht.
3. Verschiedenes.

Die Mitglieder werden ersucht, recht zahlreich zu erscheinen.
Der Vorstand.

Mitglieder-Versammlung
der
Schauerleute
am Mittwoch den 13. März
Abends 8½ Uhr
im Vereinshaus, Johannisstraße 50.

Tages-Ordnung:
1. Abrechnung. 2. Maifeier. 3 Fragekasten. 4. Verschiedenes.

Um zahlreiches Erscheinen ersucht
Der Vorstand.

Allgemeiner öffentlicher Vortrag
am Mittwoch den 13. April
Abends 8½ Uhr
im Concerthaus Fünfhausen.
Redner: Hr. Reinhold Gerling
Redakteur des „Naturarzt".
Thema: **Umsturz in der Medizin**

Eintrittskarten sind im Vorverkauf zu **10** Pfg. in der Buchhandlung des Herrn **G. Weiland,** Königstr. 72 und bei Herrn **C. Wittfoot,** Hüxstr. 18, zu haben; an der Abendkasse **20** Pf.

Die Mitglieder des unterzeichneten Vereins und deren Angehörige — § 3 a der Satzungen — haben **freien** Zutritt.

Der Vorstand
des Vereins für Gesundheitspflege und Naturheilkunde (arzneilose Heilweise) in Lübeck.

Gesangverein „Eintracht".

General-Versammlung
am Mittwoch den 20. April
Abends 9 Uhr
im Vereinshaus, Zimmer Nr. 8.

Tages-Ordnung:
1. Abrechnung vom 1. Quartal 1898.
2. Wahlen.
3. Verschiedenes.

Der Vorstand.

Circus Variété
Einer sage es dem Andern.
Nur noch wenige Vorstellungen.
Der grandiose letzte Spielplan.
Anfang 7½ Uhr.
Am 17. April **Schluß der Saison.**

Speise-Halle Hansa
Mengstraße 24. (Mittagstisch v. 11½—2 U.)
Mittwoch: Specksuppe mit Klößen, geräuch. Speck, Kartoffeln, Sauce, Kohl.

Verantwortlicher Redakteur: August Kasch. Verleger: Theod. Schwartz. Druck von Friedr. Meyer u. Co., sämmtliche in Lübeck.

Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 85. Mittwoch, den 13. April 1898. 5. Jahrgang.

Chronik
auf das Jahr 1848.

12. April.

Die deutsche Bundesversammlung beschließt, daß, falls von dänischer Seite die Einstellung der Feindseligkeiten und die Räumung des Herzogthums Schleswig von den eingerückten dänischen Truppen nicht erfolge, dies zu erzwingen sei, um das durch den Bund zu schützende Recht Holsteins auf die Union mit Schleswig zu wahren. Ferner beschließt die Bundesversammlung, daß sie „die provisorische Regierung von Schleswig-Holstein, welche sich mit dem Vorbehalt der Rechte ihres Herzogs und Namens desselben zur nothgedrungenen Vertheidigung der Landesrechte konstituirt hat, als solche und in diesem Maß anerkenne und daher von der vermittelnden kgl. preußischen Regierung erwarte, daß sie die Mitglieder jener provisorischen Regierung und deren Anhänger schützen werde."

In Baden erlassen Hecker und Struve ein Ausschreiben an die Bewohner des Seekreises und des Schwarzwaldes, wodurch die waffenfähige Bevölkerung aufgefordert wird, sich am 14. April Mittags 12 Uhr in Donaueschingen mit Waffen, Munition und Lebensmitteln auf sechs Tage versehen, zu stellen. Man hoffte, daß allein der Seekreis 70 000 bis 80 000 Mann stellen würde.

Die Sittlichkeit auf dem Lande.

Die Sittlichkeitsverhältnisse auf dem Lande, wo Dank „der patriarchalischen Zucht" hochmögender Agrarier allein noch die Unschuld wohnen soll — so behaupten wenigstens konservative Herren — werden durch den nachfolgenden Brief in eigenthümliche Beleuchtung gerückt. Der Verfasser, ein Landwirth, der früher Oekonomieverwalter war, spricht auf Grund seiner persönlichen, langjährigen und weitgehenden Erfahrungen. Dieselben vervollständigen das Bild, das der bekannte Pastor Wagner von den sittlichen Zuständen im Junkerparadiese gezeichnet hat. Sie verdienen insbesondere von denen beachtet zu werden, die gelegentlich der Erörterungen über die lex Heinze weit mehr Sittlichkeitsheuchelei als Verständniß für die Vorbedingungen der Sittlichkeitsheuchelei als Verständniß für die Vorbedingungen der Sittlichkeit bekunden. Der Gewährsmann der „Gleichheit" schildert Zustände, die er in der Magdeburger Gegend kennen lernte, die aber auch anderwärts anzutreffen sind. Er schreibt:

„Es ist haarsträubend, wie hier mit den Töchtern des Volkes und namentlich mit den schönsten und besten Arbeiterinnen umgegangen wird. Der Herr Verwalter bestimmt z. B., wer von der weiblichen Arbeiterschaft auf dem Kornboden verwendet werden soll. Die betreffende Arbeit wird gewöhnlich gern angenommen, weil sie leichter ist, als die Feldarbeit. Manche Arbeiterin aber, die weiß, welchen sittlichen Gefahren sie dabei ausgesetzt ist, wird durch die Noth gezwungen, die angebotene Beschäftigung anzunehmen. Ist die Arbeiterin auf dem Kornboden angestellt, so findet der Verwalter, als Vorgesetzter, genug Mittel und Wege, um das Mädchen, das sein Begehren reizt, seinen Gelüsten willfährig zu machen. Die armen Arbeiterinnen sind zudem so an Unterwürfigkeit den Herren gegenüber gewöhnt, daß sie oft gar nicht wagen, schmachvollen Zumuthungen Widerstand entgegenzusetzen, sie geben sich gegen ihren Willen hin. Wehe aber der Armen, welche sich den Wünschen des Herrn Verwalters nicht fügte. Sie muß wieder auf dem Felde arbeiten, und wenn der abgewiesene Vorgesetzte hier nicht selbst die Controle führt, so sagt er dem Aufseher ꝛc. Bescheid. Nun beginnt für die standhafte Arbeiterin eine furchtbare Leidenszeit. Hatte sie früher anerkanntermaßen ganz gut gearbeitet, so heißt es mit einem Male, daß sie ihre Arbeiten ganz liederlich verrichtet; beim Hacken läßt sie das Unkraut stehen und hackt die guten Pflanzen fort; beim Harken nimmt sie nicht rein auf u. s. w. Die Arbeiterin weiß sehr wohl, daß sie in Wahrheit nach wie vor ordentlich arbeitet. Nichtsdestoweniger muß sie die Schelte geduldig hinnehmen, wie auch die Lohnabzüge (die meistens wieder Schelte, ja selbst Schläge seitens der Eltern nach sich ziehen) und sogar körperliche Züchtigungen. Wenn die Aermste mehrere Wochen lang in dieser Weise behandelt worden ist, so wird sie wieder zur Arbeit auf den Boden kommandirt, und der Herr Verwalter tritt abermals mit seinen Wünschen an sie heran. Nun widersteht sie sicher nicht; sie weiß, was in diesem Falle ihrer wartet. Man könnte mir entgegenhalten, warum sich ein so behandeltes Mädchen nicht an einer anderen Stelle Arbeit sucht. Aber wo denn soll es Arbeit finden? Oft ist die betreffende Arbeiterin durch die Verhältnisse an den Ort gebunden, und in diesem Orte ist nur diese einzige Arbeitsstelle vorhanden. Oft auch haben sich die Arbeitgeber darüber verständigt, Niemand einzustellen, der bei einem von ihnen geschafft und die Arbeit aufgegeben hat. So feindlich sich die Machthaber in den Dörfern vielfach persönlich gegenüberstehen, der Arbeiterschaft gegenüber sind sie einig. Genug: für eine verfolgte arme Arbeiterin existiren viele Gründe, die ihr ein Wechseln der Arbeitsstelle sehr schwer, ja unmöglich machen. Aber wenn dem auch nicht so ist, was hilft es ihr? Wenn sie besonders hübsch und frisch ist, so findet sie an anderer Stelle dieselben Verhältnisse. Mag ihr Wille, sich rein zu halten, noch so ehrlich und fest sein, sie wird zur Dirne herabgewürdigt.

Wenn das aufgezwungene Verhältniß Folgen für die junge Arbeiterin hat, so findet der Verführer schon einen Ausweg, sich zu salviren. Vielleicht hat er seinem Opfer ein oder das andere Mal ein Geldgeschenk gemacht, das das Mädchen in seiner Unerfahrenheit angenommen hat, oder ein guter Freund hilft ihm durch; ein Meineid kann ja nur selten bewiesen werden. Den schwachen Schultern des armen Mädchens werden so die Folgen des intimen Umgangs aufgebürdet. Sind Eltern oder sonstige Angehörige vorhanden, so ist die Verführte von Seiten derselben oft noch argen Mißhandlungen ausgesetzt. Die Leute wagen meist nicht, ihren Zorn den arglistigen Wüstling fühlen zu lassen, er trifft vielmehr das bedauernswerthe Opfer. Die Kornböden der großen Güter sind für die Töchter des Volkes auf dem Lande ebenso gefährlich wie Vergnügunglokale und Sekt in den großen Städten. Was auf den Kornböden geschieht, dafür ein Beispiel. Vor längeren Jahren hat der Sohn des Gutspächters M. zu R. auf dem Kornboden eine Arbeiterin gezwungen, sich völlig zu entkleiden!

Ebenso wird die Arbeit auf den Kornböden, gefährdet die Verwendung bei Jagden die Sittlichkeit der Mädchen und Frauen. Erst seit etwa zwanzig Jahren werden weibliche Kräfte bei den Jagden verwendet. Bei großen Feldtreibjagden stellt man jetzt fast allgemein auf circa vierzig Schützen sechszig Jungen und zwanzig bis dreißig Mädchen ein. Ganz unbeschreiblich sind die Gemeinheiten, welche sich hier und da die adeligen und nichtadeligen Nimrode den Menschen gegenüber frech erlauben. Nicht einmal andeutungsweise können die Reden wiedergegeben werden, in denen sich die vornehmsten Schützen ergehen, die sich in der Oeffentlichkeit vielfach als Kämpfer für Sitte und Moral aufspielen. Ich erinnere mich z. B. einer Jagd aus den achtziger Jahren, die zu P. bei O. stattfand. Wir waren zweiundzwanzig Schützen, auf jeden war eine Trägerin gerechnet. Wer von den Herren Lust zu einem unsittlichen Techtelmechtel hatte, traf schon vor dem Abstellen der Jagd seine Auswahl unter den Trägerinnen. Er gab der „Erkorenen" seine Patronen zu tragen. Am Abend waren die Schützen im Gasthof vereinigt, der mit der einen Seiten nach dem Felde zu gelegen war. Während im Gasthof selbst die tollsten Dinge getrieben wurden, kam es im Felde, auf dem sich ein angerissener Strohdiemen befand, mit den Hasenträgerinnen zu den ärgsten Unsittlichkeiten. Es ist geradezu schmachvoll, wie die sogenannten besseren Herren auf dem Lande ihr wirthschaftliches Uebergewicht und ihre Machtstellung mißbrauchen, um die Töchter der armen Leute ihren geilen Wünschen gefügig zu machen. Hätten wir auf dem Lande eine Sittenpolizei, sie würde von greuelhaften Zuständen zu berichten haben, die hinter der Verderbniß der großen Städte in nichts zurückstehen, sie würde von einer sehr großen Zahl von Mädchen melden, die als Dirnen leben und leben müssen. Die auf den Kornböden und bei den Jagden verführten Mädchen stellen viel Material für die Bordelle. Nur in einem Punkte sind die sittlichen Verhältnisse auf dem Lande besser als in den Städten: es fehlen die Kupplerinnen und Zuhälter. Meiner Ansicht nach deshalb, weil die Sittenpolizei fehlt, die Kuppler und Zuhälter schafft. Die von ihr verfolgte Prostituirte braucht Schutz und sucht diesen bei dem Zuhälter, der Kupplerin."

Was sagen zu den vorstehenden Mittheilungen die Schwärmer für die unschuldvollen Zustände, die angeblich unter den Segnungen der Fuchtel der Itzenplitze und Köketitze emporsprießen? Was sagen zu ihnen die Kapitalgewaltigen, die sich dagegen sträubten und sträuben, daß den Arbeiterinnen ein vermehrter gesetzlicher Schutz gegen die frechen Zumuthungen und Attentate von Schandbuben gewährleistet wird, die als Arbeitgeber wähnen, mit der Lohnsklavin auch die Lustsklavin gekauft zu haben?

Aus Nah und Fern.

Aus dem „tollen Jahre" 1848. Anzeige. Böswillige Concurrenten haben seit einigen Tagen das Gerücht zu verbreiten gesucht, ich wolle deutscher Kaiser werden

Der Jude.

Deutsches Sittengemälde
aus der ersten Hälfte des fünfzehnten Jahrhunderts.
Von C. Spindler.

(8. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

„Ei, was sprichst du?" fragte Jochai ängstlich den Sohn. „So ich nicht schon begraben liege an dem Ort der Lebendigen (Begräbnißplatz), wirst du nicht das Mädchen von meiner Seite nehmen. Wer soll mich hüten, wer mich pflegen, bist du fern?"

„Gieb dich zufrieden Vater!" antwortete Ben David, „der gute Knecht Zodick wird an dir thun, wie an seinem Vater."

„Zodick?" fragte Jochai zweifelhaft, „Zodick, der das Gesetz der Väter so wenig beachtet, daß er noch jetzt sich im Hause nicht sehen ließ?"

„Ich dachte, er sei schon in seine Kammer gegangen!" erwiderte Ben David, und wollte noch einige Bemerkungen über Zodick's früheres Benehmen hinzusetzen, als ein fürchterlicher Tumult vor dem Hause laut wurde, auf dessen Pforte Schlag auf Schlag fiel. Erschrocken fuhr die Familie in die Höhe, und Grete stürzte herein, durch ihre heftigen Geberden etwas Außerordentliches verkündend, das sich auf der Straße zugetragen. Entsetzen ergriff den Alten und die Esther, denn ein Volksauflauf, mit einer neuen daraus entspringenden Schlacht der Judenschaft, stand wie ein ungeheures Gespenst vor ihren Gedanken; aber Ben David beruhigte sie mit wenigen Worten, ermahnte sie, die Thüre des Hintergebäudes fest zu verriegeln und die Kostbarkeiten beiseite zu bringen, und folgte, wenn auch nicht ohne Herzklopfen, der lebhaft voranschreitenden Grete die Treppe hinab, durch den Hausgang an die Pforte, die von wiederholtem Pochen ertönte, und vor welcher das Gesumme einer ansehnlichen Menge sich vernehmen ließ.

„Wer pocht so ungestüm?" fragte Ben David durch das Schlüsselloch, und zurück schrie eine klagende Stimme die Antwort: Herr! öffne! Dein Knecht Zodick ist's! öffne! bei Deines Vaters Haupt beschwöre ich Dich: laß mich nicht zu Schanden werden vor den Edomitern hier auf der Schwelle Deines Hauses!" — Und Gemurre und Spottgelächter rings umher.

Ben David, die Verzweiflung des hilferufenden Hausgenossen nicht verkennend, befahl seinen Leib dem Gott seines Bundes, und gebot der Magd, zu öffnen. — Das Schloß ging auf samt den Riegeln, und kaum klaffte die Thüre, als ein Haufe gemeinen Pöbels sich hereindrängte ins Haus: neugierige und höhnisch gezogene Gesichter, von wenigen Laternen und Kienspänen schwach beleuchtet; in deren Mitte der Diener des Hauses, Zodick; Gesicht, Hemde und Gewand von Blut befleckt, das reichlich herabströmte aus einer breiten Stirnwunde.

Ben David fuhr bei diesem Anblick erschrocken zurück, hob beide Hände gen Himmel, und rief in heiligem Eifer: „Zodick! unseliger Knecht! Hat Dich der Fürst der höllischen Nacht berückt, daß Du also trunken und blutend von einem Falle eintrittst in die Hütten Israels, und verbrecherisch schändest die liebliche Königin Schabbath, die hier ihren Sitz genommen?"

Zodick winkte verneinend mit der Hand, sank jedoch, unfähig zu reden, auf die Schwelle der Unterstube. Ben David sah fragend umher in dem Kreis der Nachbarn, die zum Theil in schmutzigen Nachtgewändern, erst dem Lager entflohen, als gaffende und schadenfrohe Zeugen den Verwundeten umstanden.

„Was hat's gegeben, liebe Freunde?" fragte er mehrmals vergebens, bis endlich ein ältlicher Mann von rechtlichem Aussehen sich hindurch drängte, und also sprach: „Ich will Dir Auskunft geben, Jude! Ich bin der Schmied Albrecht dort an der Ecke dieser Gasse, und kam vor Kurzem aus unsrer Herberge. Wie ich nun kaum zwanzig Schritte von Hause bin, so stolpre ich über den Rothkopf da, der halb besinnungslos in der Gasse liegt, wie ein Trunkener. Da ich ihn beleuchte mit dem Lichtstümplein, das ich in Händen trug, erkenne ich ihn wohl und auch er machte die Augen auf, fährt zusammen, und ruft: „„Laßt mich los! ich bin unschuldig!"" Es war leicht zu sehen, daß der Bube in augenscheinlicher Verwirrung befangen war, und nicht im Rausche. Ich begütigte ihn daher, und nun hat er, da er mich erkannt, erzählt, daß ihn auf dem Fischerfelde, von wannen er nach Hause gehen wollte, mehrere Gesellen mit roth und schwarz gefärbten Gesichtern überfallen, geplündert und mit einem Streithammer verletzt haben; daß jedoch zum Glück der Streich schier fehlgegangen und nur gestreift habe, und er dem Tode entgangen sei, indem er sich zur Erde fallen lassen, gleich als habe er die letzte Oelung. Da er zu Dir wollte, habe ich ihm erlaubt, sich an meinem Arm zu führen, und auf sein klägliches Geschrei sind die Nachbarn herbeigelaufen."

Nach dieser Erzählung lief ein Gemurmel durch den Haufen, bedauernd, daß der Jude nicht umgekommen war unter den Streichen seiner Verfolger, und sich auflösend in ein rohes Gelächter, das sich den an der Stubenthür lehnenden, keines Wortes mächtigen Menschen als Zielscheibe setzte.

Ben David, ungeduldig, dem störenden Auftritt ein Ende zu machen, dankte höflichst dem wohlbeleibten Schmied für seinen Beistand, und öffnete die Stube, um den Diener hineinzubringen. Die Menge quoll aber auch in das Gemach hinein und musterte mit Luchsaugen die elenden Geräthschaften, die darin an den Wänden umherstanden. Mehrere jungen Burschen hatten nicht wenig Lust, mit ihren flackernden Kienspänen über Gang und Treppe in das Oberhaus zu dringen. Aber Gretens abweisende Geberden, und noch mehr die Einflüsterungen älterer Leute, die ihren Uebermuth vor den in jedem Judenhause verborgenen Fallthüren und mit Vorbedacht offen gelassenen Kellergruben warnten, hielten die Verwegenen von ihrem Vorsatz ab.

Zugleich drängten sich auch einige benachbarten Juden herein, schwatzend, neugierig wie die übrigen und zudringlich mehr, als hülfreich in ihren angebotenen Dienstleistungen. Vergebens bat Ben David diese Letztern, den

und deßhalb beabsichtige ich, mein Geschäft aufzugeben. Wer mich näher kennt, wird wissen, woran er ist. Ich bitte im Gegentheil, Niemand etwas auf meinen Namen zu borgen, obgleich derselbe leider sehr verbreitet ist. — Fremden und Auswärtigen empfehle ich meine Kollekte mit ganzen und getheilten Losen unter der Devise: „Keine Republik, keine Monarchie — nur Ruhe!" Heymann Meyer. — Ein Fuhrherr, der in Berlin Bürgerwehr-Hauptmann geworden, kommandierte seiner Compagnie „Halt!" Da sie aber überhörte, schickte er sogleich ein donnerndes „Brr!" nach, und die Compagnie stand. — Bei einer Wahlversammlung legte ein ehrsamer Schuhmacher das folgende politische Glaubensbekenntniß ab: „Ich bin Altlutheraner, liebe den König, hasse den Prinzen von Preußen, will die Revolution und verlange eine provisorische Regierung."

Wegen fortgesetzter Beraubung des Opferkastens der Kirche wurde der Lehrer August Schulze zu Evensen im Kreise Alfeld von der Strafkammer zu Hildesheim zu zwei Jahren Gefängniß und fünf Jahren Ehrverlust verurtheilt. Die Beraubung wurde erst entdeckt, als man in dem Opferkasten, nachdem er einmal fast anderthalb Jahre nicht entleert war, nur 97 Pfennige vorfand, obwohl zahlreiche Einwohner größere Silbermünzen eingelegt hatten. Der 31jährige Angeklagte hat dem Superintendenten und dem Geistlichen seines Wohnortes ein umfassendes Geständniß abgelegt, nachdem man ihm versprochen hatte, es als in der Privatbeichte abgelegt zu betrachten und daher geheim zu halten. Als der Angeklagte aber zwei Tage später dem Superintendenten gegenüber sein Geständniß wieder zurücknahm, hielt dieser sich an sein Versprechen der Geheimhaltung nicht mehr gebunden und erstattete Strafanzeige bei der Staatsanwaltschaft. Der Angeklagte leugnete auch in der Gerichtsverhandlung.

„Freiheitsgulden" kamen vor fünfzig Jahren im Großherzogthum Hessen in Umlauf. Der Gulden trug auf seiner Vorderseite das Bildniß des späteren Großherzogs Ludwigs III. mit der Umschrift: „Ludwig, Erbherzog und Mitregent von Hessen." Die Rückseite zeigte die Worte: „Preßfreiheit, Volksbewaffnung, Schwurgericht, Religionsfreiheit, Deutsches Parlament. 6. März 1848." Später wurde das Geldstück wieder eingezogen beziehungsweise gegen das vierzigfache seines Kurswerthes von der Regierung wieder aufgekauft. Heute kostet dieser Gulden im Münzhandel etwas über 40 Mark. — Das Volk soll nicht mehr an die auf jenen Freiheitsgulden eingeführten Volksrechte erinnert werden, deshalb hat sie die Regierung angekauft. Wie steht es heute mit der Preßfreiheit? Ein Galgen steht daneben! Wie mit der Volksbewaffnung? Is nich! Wie mit den Schwurgerichten? Zu den Geschworenen werden nur reiche Leute ausgesucht! Was ists mit der Religionsfreiheit? Nichts! Die Eltern sind gezwungen, selbst gegen ihre Ueberzeugung, die Kinder in den Religionsunterricht zu schicken. Und wie steht es mit dem deutschen Parlament? Recht schlecht! Man will dem Volke das Wahlrecht nehmen, damit die Junker, Mucker und Geldprotzen ganz unter sich sind.

Tichborne †. In London ist der berüchtigte Tichborne, Prätendent Arthur Orton gestorben. Diese Nachricht weckt die Erinnerung an den sensationellsten Betrug des 19. Jahrhunderts. Arthur Orton lebte als Fleischergeselle in Wagga-Wagga in Neu-Südwales und las zufällig in einem australischen Blatte eine Annonce der Lady Tichborne, worin diese das Signalement ihres auf einer Seereise untergegangenen Sohnes Roger Tichborne gab, der nach ihrer Ueberzeugung noch leben sollte. Orton fand, daß das Signalement auch auf ihn passen könne, und meldete sich. Mit geborgtem Gelde ging er nach Sidney und lernte dort Leute kennen, die Sir Roger Tichborne gekannt hatten; diese horchte er aus, und auf diese Weise erhielt er Kenntniß von Einzelheiten aus Sir Roger Tichbornes Leben. Nunmehr reiste er nach Paris, wo er mit der alten Lady Tichborne, der Mutter des Vermißten, zusammentraf. Dort geschah das fast unglaubliche: Lady Tichborne erkannte in dem Fleischergesellen Arthur Orton ihren Sohn wieder.

Dann begann am 11. Mai 1871 der 103 Tage währende Civilprozeß, den der falsche Tichborne zur Wiedererlangung seines angeblichen Erbes anstrengte. Er gab Antheilscheine aus auf seine Besitzungen, die nach Gewinnung des Prozesses eingelöst werden sollten, und fand Freunde, die ihn reichlich unterstützten. Der Prozeß, in dem 85 Zeugen für den falschen Tichborne auftraten und 17 gegen ihn, hielt die öffentliche Meinung in höchster Spannung und manche sensationelle Scene spielte sich ab. Orton wurde mit seiner Klage, die den Tichborneschen Nachlaß mit 92 000 Pfund Sterling belastete, abgewiesen und bald darauf wegen Betruges und Meineides verhaftet. Dann begann am 23. April 1872 der Kriminalprozeß gegen ihn, dessen Verhandlung bis zum 28. Febr. 1874 dauerte, und der zu einer Verurtheilung des Prätendenten zu 14 Jahren Zwangsarbeit führte.

Dieser Kriminalprozeß gestaltete sich fast noch sensationeller als der Civilprozeß, in Folge des Auftretens des Vertheidigers Dr. Kenealy, der die Sache Ortons ganz und gar zur seinigen machte und diese auch mit einer bis dahin nicht dagewesenen Leidenschaftlichkeit und Schärfe verfocht. Skandale zwischen Dr. Kenealy und den Richtern waren alltäglich, und zuletzt kostete dieser Prozeß Kenealy seine Existenz, er wurde aus dem Anwaltstande ausgestoßen.

In der Strafanstalt hat der falsche Tichborne beinahe 11 Jahre verbracht; auch als Sträfling nannte er sich Sir Roger Tichborne. Nachdem er aus dem Gefängnisse entlassen war, lebte er von seiner Berühmtheit. Er trat in Musikhallen auf, wo er sich für Geld sehen ließ, und hielt Vorlesungen, auch als Kunstschütze produzirte er sich. Nach einer Reihe von Jahren „zog" er nicht mehr genug und da hielt er es dann für praktisch, mit seinen „Bekenntnissen" ein Geschäft zu machen. Er schilderte darin die ganze Geschichte seines Betruges und verkaufte sie 1895 an das Sonntagsblatt The People. Nachher ging es ihm nicht mehr gut, zumal auch seine Gesundheit schlecht wurde, aber er ist immer noch in Wirthshäusern als Sehenswürdigkeit aufgetreten und hat seine Geschichte erzählt. Der falsche Tichborne ist 65 Jahre alt geworden.

Quittung.

Im Monat März gingen bei dem Unterzeichneten folgende Parteibeiträge ein:

Berlin, Beiträge der Wahlkreise: 2. Kr. 400,— (darunter Dr. D. 10,—, Maskenball bei Zubeil 2,—.) 4. Kr. Ost 1500,— (darunter E. Böhl 100,—, Zimmermann, Wärmehalle 5,—, Kernspitze 50,—, Ueberschuß v. Kranzspenden vom 18. März d. J.: Maschinenfabrik Eckert, Berlin—Friedrichsberg 23,50, Lange u. Gutzeit 2,35, Tischlerwerkstatt von Richter, Blumenstraße 80 28,40, Möbelfabrik Zeidler u. Platten 4,85, Arbeiter der Firma Pintsch, Andreasstraße 11,—, Tischlerei v. Wöhler u. Schwab 1,85, Arbeiter der Maschinenfabr. v. C. Beermann 52,20, Maschinenfabrik v. Kärger 2,45, Köpnickerstraße 153 6,40. Werkstatt von Krause u. Korilla, statt Kranzspende zum Wahlfonds 10,45, Erlös einer alten Raketenkiste von zwei Großkaufleuten 4,50). 4. Kr. Südost 1300,— (darunter Möbelfabrik Bartsch, Fruchtstraße 8 13,30, Sitzmöbelfabrik v. Treue, Wienerstraße 44 24,—, Ueberschuß v. Maskenball P.-C. E. 18,—.) 5. Kr. 300,— (darunter von Philipp B. 2,70). 6. Kreis, Rosenthaler Vorstadt und Gesundbrunnen 800,— (darunter Ueberschuß vom Märzkranz Kappler's Fabrik 8,25). 6. Kreis, Wedding und Oranienburger Vorstadt 2050,— (darunter Zigarrenprozente von K. L. 8,—, Dr. A. F. 101 3,—, Polarlicht 174,—, A. F. für März 2,—, K. L., Zigarrenprozente 7,50, Kairo 30,—, Ueberschuß von Kranzspenden vom 18. März d. J.: Arbeiter der Firma Bolzani 8,55, desgl. von L. Löwe, elektrische Abtheilung, Huttenstraße, 75,55, desgl. d. Maschinenfabrik Sentker, 6,—, desgl. v. Leopold Ziegler 10,—, desgl. der A. E.-G., Brunnenstraße und Ackerstraße 396,35, desgl. v. Schwartzkopff (Neues Werk) 22,50.) 6. Kreis: Schönhauser Vorstadt 800,— (darunter Steinarbeiter, Brandenburger Depot 1,—, über den See gefahren 1,—, Ramlo 5,—, L. L. 2,—, Null-Ramsch 10,—). 6. Kreis: Moabit 300, — (dar. Grünkramhändler 6,—, Ueberschuß von Kranzspenden v. 18. März d. J.: Arbeiter der Borsig'schen Fabrik, Kirchstraße 25,45, desgl. der Freund'schen Fabrik 7,60, desgl. der Anhaltischen Maschinenfabrik 28,40, desgl. der deutschen Waffen- und Munitionsfabrik 39,60, desgleichen der Löwe'schen Fabrik, elektrische Abtheil. Huttenstraße 15,50). — Berlin, diverse Beiträge: Vergolder Wrangelstraße 5,—. Werkabtheilung der Buchdruckerei v. M. Bading 30,—. Elektrotechnische Werkstatt v. Böse u. Ko. durch K. 17,—. Dr. L. A. 50,— Ueberschuß der Kranzspende von Arbeitern der Firma Schäffer u. Walker 5,95. Hoch August! 50,—. Ueberschuß einer Kranzspende durch Link 13,05. Zum 18. März gesammelt von d. Tischlern u. Polirern der Werkst. v. Wengler u. Mohrmann 8,80. Ueberschuß der Kranzspende von Arbeitern der Anilinfabrik Treptow 17,50. Rest von Dg. 8,66. Gedenkfeier des 18. März 1848 7,25. Von den Bretterträgern durch P. K. 25,—. Fünf Hutmacher, Königstraße 25, 5,—. Ueberschuß vom Märzkranz der Musikinstrumentenarbeiter 11,50. Von den Arbeitern der Firma Buyle u. Co. 20,60. Ueberschuß von Lustige Sechse 6,—. L. u. M. für Mitwirkung am „Schlosserverguügen 20,—. Für eine Märzzeitung 1,75. Ueberschuß der Kranzspende von den Arbeitern der Firma Siemens und Halske, Stadtgeschäft 16,30. Rothe Buchbinder, Grünstraße 5,—. A. Kr 20,—. Von den Arbeitern der Berliner Genossenschaftsbäckerei, Neue Hochstraße 18, 8,15. Georgina 10,—. Petermann, verlorene Wette 4,50. Von den 4 Mitgliedern der Gewerkschaft der Buchdrucker im „Vorwärts" 25,—. P. S. 50,—. A. B. 50,—. Hermann's Buchdruckerei 50,—. Revolution 8,—. Carmen —,50. Auf zur Reichstagswahl! (durch Görritz) 3,—. Vierprozente Karpe 9,—. Für die Agitation durch A. F. 20,—. A. K. 1,—. L. N. 2,—. Hildebrecht 1,—. Alexander 3,—. M. H. 3,—. M. H. 1,00. Nagel, rothes Kreuz 3,—. „Wahrer Jakob 5,—. Arbeiter von Schuster und Bär 11,75. Mitglieder der Union-Druckerei, Werk-Abtheilung 3,05. Ueberschuß vom Märzkranz von den Arbeitern der Firma L. Löwe und Ko., Hollmannstraße, 82,05. Vierprozente der Geschäftsbücher-Fabrik von A. Zumpe 5,—. Von den Mitgliedern des Verbandes der deutschen Buchdrucker im „Vorwärts" 150,—. Von den Tischlern der Firma Fork u. Kretschm., Saal 3 10,—. Ueberschuß vom Märzkranz von Arbeitern der Firma Siemens u. Halske, Charlottenburger Werk 84,70. Bernburg 10,—. Bremen, von Genossen 300,—. Bayreuth, von Genossen 17,—. Barmen, von Genossen 100,—. Chemnitz, die Altmod'schen 21,90. Elberfeld 400,—. Erfurt, rother Pädagoge 3,—. Falkenberg (Oberschlesien) 2,—. Frankenhausen a. K., von Genossen 10,—. Frankfurt a. M., von Genossen durch Elbert 200,—. Forst i. L., durch A. K. 100,—. Freiburg, von badischen Gen. 10,—. Gera (Reuß) 50,—. Greiz, Wahlkreis Reuß ä. L. 50,—. Gießen E. K. 10,—. Harburg, 17. hann. Wahlkreis 400,—. Halberstadt 100,—. Heide, J. H. 3,50. Harburg, Ueberschs. v. Bierkonsum der Lederfabrik E. P. (davon 4,— von Moje) 32,—. Hamburg, div. Beiträge: Tellersammlung am 18. März Victoriagarten Barmbeck 67,50. Von den Zimmerern am O'Swald-Kai, erste Rate 20,—, 2 Rate 30,—, Summa 50,—. Ueberschuß einer Kranzspende von den Arbeitern der Gertigschen Brauerei 1,30. W. Weiste 5,—. E. T. M., 2. Wahlkreis 10,—. Zigarrenfabrik v. Böhling u. Muhle 37,10. E. M. 5,—. Hannover 1000,—. Köln a. Rh. 80,—. Luckenwalde, alte Parteigenossen 50,20. Luxemburg, L. 400,—. London, Honorar von E. B. 25,—. Mylau i. V., durch E. L. 40,—. München, Waldläufer (dav. f. Februar 5,—) 10,—. Marburg, ein Einsamer 10,—. München, durch den Vertrauensmann 200,—. München, v. d. Genossen aus Nord-West 100,—. Nienburg a. S., v. Genossen 10,—. Nordische Wasserkante 30 000,—. Neckarau, v. Genossen 10,—. Nürnberg, für's Recht ges. 5,—. Offenburg i. B., Ueberschs. d. Gewerbegerichtswahl 32,42, div. Beiträge v. Genossen 9,—, Sa. 41,42. Pforzheim 10,—. Pries, v. d. Genossen d. 3. holsteinischen Wahlkreises 22,—. Reichenbach i. V. 1. Quartal 50,—. Reichenbach i. V., nach der Geschäftsführerwahl im goldenen Stern 1,50. Schönheide i. E. 19,30. Schöneberg, Ueberschuß der Kranzspend: der Arbeiter von Pfeiffer u. Druckenmüller 3,30. Sorau i. L. 25,—. Striegau 40,—. Schalke 6,34. Saarabien, aus dem Königreich Stumm 10,—. Stettin, W. 2 —. Vielau, rothe Kindtaufe 4,—. Württemberg 100,—.

Berlin, den 6. April 1898.

Für den Parteivorstand:
A. Gerisch, Katzbachstr. 9 I.

Mißhandelten ihm ganz allein zu überlassen, — sie wichen nicht; vergebens flehte er die anwesenden Christen an, endlich doch mit seinem besten Dank das Haus zu räumen. Sie gingen nicht, und forderten endlich ziemlich trotzig ihren Lohn, daß sie den Judenknecht nach Hause geleitet hatten. Ben David, solcher unziemlichen Forderungen nicht ungewohnt, begnügte sich nur, die Ungestümen auf den Sonntag zu vertrösten, da ihm das Gesetz verbiete, am Sabbath Geld anzurühren, allein damit machte er das Uebel nur ärger.

„Seht den Juden an!" rief einer aus der Schaar; „Gälte es, unsere Taschen zu leeren, würde er sich wenig um das Gesetz kümmern." — „Am Sonntag haben wir Schabbes!" rief ein anderer: „also muß er heute zahlen, der Hundsjude!"

Umsonst suchte Ben David die Ungerechtigkeit zu beschwichtigen; der Pöbel wurde schwierig; die Habsüchtigsten erwischten von den in der Kammer umherliegenden Trödelwaaren, was ihnen am dienlichsten war, und machten sich damit davon. Die Händellustigen aber brachen aus in Schimpfworte und mehrere geballte Fäuste schlugen durch ihre drohende Bewegung die Nachbarjuden in die Flucht, die ihre Glaubensgenossen feig im Stich ließen, und die Luft nur von ihrem mörderischen Hilfsruf erschütterten.

Eine gute Folge schien jedoch ihr Zetergeschrei herbeizuführen, denn der Oberstrichter der Reichsstadt, der gerade zufällig die Straßen durchschritt, um die Nachtschwärmer und Trinkbrüder zu Paaren zu treiben, hörte das Getöse und erschien in schnellem Trab auf dem Schauplatz, wo Ben David gerade in Gefahr war, körperliche Mißhandlungen zu erfahren. Die Rathsknechte, die des Oberstrichters Roß umgaben, wiesen mit ihren Hackenstangen die Angreifer bald zur Ruhe und der Friedensrichter erfuhr in wenig Augenblicken, wovon hier eigentlich die Rede sei. Gleichgültig zuckte er die Achsel und sagte in verächtlichem Tone zu Ben David: „Was hat Dein Knecht in später Stunde auf dem Fischerfelde zu schaffen? Kein Wunder ist's, daß er in die Hände der Blutzapfer fiel, die jetzo wiederum innerhalb und außer der Stadt ihr Wesen treiben sollen, wie mir der Küfermeister Andreas von Liebfrauenberg vor einer Stunde geklagt hat, der auch von den Mordbuben nächst dem Hirschgraben angefallen worden ist, sich aber durch seine Faust befreit, und einige von den Hunden übel zugerichtet hat. Das vermag freilich ein Hebräer nicht."

Ein wieherndes Gelächter der umstehenden Knechte und Bürger lohnte das Witzwort des Gewaltigen, der Stille gebietend, also fortfuhr:

„Ich befehle dir daher, Jude, daß du deinen Knecht ehrlich zu Hause haltest. Für die heut verursachte Störung hergebrachter Ordnung, — denn die lange Glocke ist schon geläutet worden — büße ich dich um fünf Goldgulden, die du unerläßlich nächsten Montag auf dem Rententhurm zu erlegen gehalten bist. Auch hast du von Rechtswegen diesen wackern Bürger zu zinsen, jedem einen dicken Groschen, daß sie dir den Knecht nach Hause geführt; denn die Menschenliebe, welche sich um einen Juden kümmert, muß belohnt werden. Sie mögen am Sonntagsmorgen das Geld bei dir in Empfang nehmen."

Geschmeidig bückte sich Ben David und küßte den Mantelzipfel des Oberstrichters.

„Erlaubt, o Herr!" sprach er demüthig, „die meisten dieser Leute haben sich schon gepfändet an meinem Eigenthume, und sind mit Zeug und Linnen davon gegangen."

„Kannst du die Leute nennen?" fragte der Oberstrichter streng, und fuhr, ohne eine Antwort abzuwarten, fort: „Nein, du kannst es nicht. Und wärst du's auch im Stande, auf deiner Seite wäre immer die größte Schuld. Warum giebst du nicht gutwillig, und warum hältst du dein Auge nicht auf deine Lumpen? Schließe jetzt dein Haus, und verhalte dich still. Die leiseste Widerrede kostet dich zehn Gulden. Geht nach Haus, brave Bürger! Gut Nacht, liebe Freunde!"

Die rasche Schwenkung seines Gauls hätte beinahe den armen Ben David in den Koth geworfen; dennoch versäumte er den letzten Bückling nicht, und ließ mit niedergeschlagenen Augen die spöttelnden Nachbarn an sich vorübergehen.

Darauf befahl er der Magd ganz leise, die Thüre zu verschließen und den halb ohnmächtigen Zodick nach seiner Kammer zu bringen. Er selbst verlor kein Wort mehr an den Menschen, der ihm so viel Verdruß gemacht hatte, und kehrte mit schwerer Brust und manchem unmuthigen Seufzer in das Hintergebäude zurück, wo Jochai und Esther ängstlich auf jedes Geräusch lauschten, und um den Feiertag nicht zu schänden, Alles in der gewohnten Ordnung hatten liegen und stehen lassen. Freudig bewillkommten sie den Ruhebringenden, der sich andächtig neigte vor dem Tische und den schwebenden Lichtern, und sprach: „Esau's Sturm hat sich gelegt. Gebenedeit seist du, hochgelobter Gott, Jakobs, dessen Herrlichkeit unsere Scheitel berührt. Wie schön sind deine Hütten und deine Wohnungen, Israel! Wie schön ist dein Palast, wohlduftende Königin Schabbath, du Freude und Trost aller Gläubigen!"

Und sein Mund jubelte, während seine Augen von Thränen, wie sie tiefempfundene Knechtschaft erpreßt, überflossen: seine Lippen sprachen Versöhnungsgebete und frohe Psalmen, während sein Herz anschwoll von unterdrückten Bannformeln gegen die Ungläubigen. Der greise Jochai murmelte neben ihm Fluchgebete in den Bart, herausgestoßen mit allem Feuer orientalischer Wortfülle. Esther wandte sich aber voll Grauen von seinem Gebete und sagte nur Amen zu dem ihres Vaters.

(Fortsetzung folgt.)

Verantwortlicher Redakteur: August Kasch. Verleger: Theod. Schwartz. Druck von Friedr. Meyer u. Co., sämmtlich in Lübeck.